

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1949

29 (22.7.1949)



Schlangestehen im Pfandhaus

An den Anstehstellen der Pfandhäuser wachen die Schlangen des Publikums vor allem gegen Missetaten an. Hier herrscht leider Hochkonjunktur, sind doch die Pfandhäuser die einzigen Kreditinstitute, an deren Schaltern der einzelne Privatmann Geld auf Kredit bekommen kann. (Nicht unsere Reportage auf Seite 3.)

Urlaubstage ohne Geld

Saison der armen Schlucker

Die Alltags sind schon wieder fragestark — wir meinen die Urlaubstage, die Fest- und Feiertage, mühen, es auch schon sein. Wir sehen weniger fern, wie weit wir den Krieg schon hinter uns lassen und jammern nach dem Frieden, den wir noch nicht erreichen. In der Saison der Urlaubstage, vor den Plakaten der Seebäder und bei den pfiffigen und schmeicheleichen Schreibern der bescheidenen Hoteliers füllt uns der Kommer über die leere Reisetasche an. Urlaub 1940 wird klein geschrieben, und das schadet nicht. Wer Koffer packen und reisen will, muß erst mal wieder einen Koffer besitzen. Die Bettwäsche ist wichtiger als der Strandkorb, die neuen Schuhe dauerhafter als die Fahrkarte, das Geschwür im Helm nötiger als der Komfort im alpinen Fremdenheim. Wer heute schon für eine Urlaubsreise Rücklagen angesammelt hat, freut die Schritte schmalz herum, wenn er an den Wintermantel, die verschlissene Unterwäsche oder die bevorstehenden Ausgaben für das Heimatsort denkt. Wir vergessen, daß Krieg war und möchten so gerne zu KAP. Wir übersehen, daß es um so vieles wichtiger ist, daß Pfandhäuser gebaut werden und in See stachen können, bevor wir wieder in Maderia anlangen. Über dem Kommer 1940 sollte Zufriedenheit stehen, statt den leidvollen Gedanken um die dünne Schicht der DM-Fark-Gewinner Raum zu geben. Wir fangen von vorne an, und wenn das auf die Dauer selbste, bei dem stehen Redlichkeit und Ehrlichkeit, Fleiß und Gedankensicht Pate.

Wir haben bestimmt, alle miteinander nach Krieg- und Hungerjahren den Urlaub nötig. Doch wie wir die Kunst erlernen, in den Bombenbesetzten Dörfern zu hausieren, in den mageren Jahren die hungerten Mäuler zu stopfen, so sollten wir jetzt die Kunst des Urlaubes ohne Geld pflegen. Denn die soziale Verfassung, mit der wir in die Ferienzeit eintreten, die Entzerrung in uns selbst ist doch bereits die halbe Erholung. So viele Wälder sind noch nicht abgeholzt, als daß wir keine Räume finden, um unter ihnen zu spekulieren zu geben, so trocken war der Sommer nicht, daß es keine Flüsse und Seen zum Baden gäbe. Die Kunst des bescheidenen Lebens sollte doch leichter zu erlernen sein als die, gefühllos zu leben. Die Periode von Saug und Braug ging mit den letzten RM-Mark-Scheinen endgültig dahin, die Zeit der armen Schlucker hat begonnen. Wir schämen uns ihrer nicht. Wir allzuviel Geld ausgeben kann, erragt nur Verdacht.

Wenn Gott will heutzutage rechte Kunst erweisen, den schicks er nicht in die weite Welt, sondern mit dem Fahrrad in die nähere Umgebung. Er hält das überaus mit Monsieur Dupont genau so wie mit den Tomatoes. In Innsbruck erklärte uns kürzlich erst ein Fremdenverkehrsreporter, die reisenden Engländer seien auf der Rhone die KAP-Publikums angekommen, also pfiffigste Leute mit wenig Geld. Und Britannien hat, doch den Krieg gewonnen und ein Weltreich im Rückzug? In der Saison markt, so such der Ökonomie, daß sich ein Krieg für niemanden auszahlt und man nur in sehr

seltenen Fällen bei großen adreßgegangenen Experimenten wie Mister Cripps für 4 Wochen in ein Schweizer Sanatorium zur Erholung geschickt werden kann. Aber Jacques Dupont geht es auch nicht besser. Er schwingt sich aufs Fahrrad — la petite reine — und nimmt la grande reine — seine Frau — zu einer tour de France sozialistischer Art auf seine Urlaubsreisen mit. In den USA gibt es nicht nur Millionen, sondern BP* haben ein Jahresinkommen unter 3000 Dollar, also bleiben sie stöhnend in „Gods own country“, in Gottes eigenem Land, in den Volkdemokratien muß der Urlaub parteipolitisch verdient sein, und Linienreise bewahren, heißt bekanntlich Soldaten können. Karlsruhe und Marzbad sitzen leer, in den Bädern der Krim herrscht sozialistischer Ferienbetrieb en masse. Erholung? Nein!

Das Zeitalter der armen Schlucker wird uns wieder zum Bewußtsein bringen, daß Erholung nicht im Rummel, vielmehr nur im Alleinsein zu finden ist, daß wir „Ferien vom Wir“ benötigen, um das Ich wieder zu entdecken. Geld lenkt davon ab. Reisen wie nicht in die Welt, sondern über die Fabrikkarte zu uns selbst. Inwieweit werden wir gelernt haben, die Zeit der großen Scheine als Vergangenes anzunehmen und wie unsere Großeltern den Pfennig mehr Ehre zu erweisen. Er verlangt, zunächst einmal wieder auf die „hohe Karte“ gelegt zu werden. Sich dann „etwas leisten zu können“ heißt, zuvor wieder viel geleistet zu haben.

Wir heißen dahin, freuen uns auf den Urlaub 1940 wie die Römer auf die Gäste im Heiligen Jahr. Im übrigen anerkennen wir, daß im Skat des diesjährigen Spieles die schule unbegrenzte Kalorien lagen, im Schrobergarten des deutschen Michels aber scheint die Sonne.

Felix



„Wiederaufbau“ in Deutschland

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

VERHANDLUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE
L'ECONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 29 / 4. Jahrgang

St.-Nr. 100 00 00 00 00

Konstanz/Bodensee, 22. Juli 1949

Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige

Produktionsrückgang beginnt

D-Mark weiter schwach — Mehr Arbeitslose und Konkurse — Kapital aus den USA? Vor Anleihen der Wiederaufbaubank — Preisunterbietungen unter Selbstkosten

Die Aufwärtbewegung der Preise auf den freien Warenmärkten hat sich weiter fortgesetzt. Vor allem in München und Hamburg, aber auch in Düsseldorf und Hannover waren Preissteigerungen zu beobachten, die zum Teil mit den höheren Dollarkursen auf den freien Märkten in Westdeutschland und den schwächeren DM-Kursen in der Schweiz erklärt werden können. Immerhin sind auch Preisrückgänge festzustellen. Für diese Preisrückgänge wird sowohl ein stärkeres Angebot als auch die Befürchtung verantwortlich gemacht, daß die Bewirtschaftung weiter gedockert werde und die Zuteilung auf Karten erhöht werde. Bekanntlich wird ja die Portion in der Trizone am 1. August von 1000 auf 1125 g erhöht. Zum Teil hängt die Preisbildung bei einigen Waren aber auch mit der natürlichen Tatsache zusammen, daß wir kurz vor der Ernte stehen und darum die Lagerbestände, insbesondere bei Mehl und Zucker, den Ausschlag geben. In Bremen wurde immer noch viel illegaler Kaffee angeboten, wobei die unsortierten Waren zu 10 DM je Kilo gekauft wurden. Größere Mengen Am-Zigaretten geben in Hamburg und Bremen zu 9 Pfennig um. In Berlin ist der Preissteigerungsdruck durch die inzwischen aufgehobene, kleine Blockade etwas zum Stillstand gekommen.

D-Mark schwach

Die Kurse am freien Devisenmarkt sind ebenfalls weiter gestiegen. Der Dollar übersteigt in einigen Fällen sogar wieder die 6 DM-Grenze. Die Schweizer Franken schied sich dieser Bewegung an; er steht bei 1,30-1,40. Die weiteren Währungen, wie Sterling und Dänekrone, wurden weiter fest. In Frankfurt wurden für 100 Frank 1,60 DM, in Hannover für den holländischen Gulden 1 DM, in Hamburg und Bremen für eine Schwedekrone 1 DM und für die Dänekrone 0,80 DM bezahlt.

Produktion läßt nach

Die Wirtschaftslage in Deutschland hat sich in der vergangenen Woche wenig geändert. Insbesondere geht der

Rückgang der Preise in der Industrie weiter. Im Lagerbericht der Handelskammer Hagen wird festgehalten, daß in dem Bezirke, Aufträge um jeden Preis herbeizubekommen, Preisunterbietungen bis unter die Selbstkostenpreise gemeldet werden. Viele Firmen fast aller Branchen nehmen diese Preisunterbietungen in der Hoffnung vor, die hohen Eisenkosten durch eine Umsatzsteigerung herauszubekommen. Besonders Beachtung verdient, daß zum erstenmal auch in den Produktionsländern der Rückgang der Produktion zum Ausdruck kommt. Die Juni-erträge der Doppelzone weist einen Rückgang auf 85 Prozent der Zeit von 1936 auf. Immerhin ist der Rückgang noch nicht groß, aber die Indizes sind, wie wir schon oft darstellten, reformbedürftig. Größer ist der Produktionsrückgang in Württemberg-Baden. Dort hat sich der Index der industriellen Produktion im Juni auf 87,4 Prozent (1936 = 100) gegen 90 Prozent im Mai vermindert; dabei ging die Produktion am stärksten bei der Säge- und Holzverarbeitungsindustrie, und zwar um 16 Prozent und bei der NE-Metallindustrie um 10 Prozent zurück, gestiegen ist die Produktion bei Nahrungs- und Genussmitteln.

Zweifellos ist ziemlich lebhaftem auf Lager gehalten worden, und die Industrie hat sich erst sehr spät entschlossen, Kursarbeit einzuführen oder Arbeiter zu entlassen. Größere Arbeitsentlassungen werden aus Nürnberg gemeldet, wo die Eisenwerke Dietl wegen Auftragsmangeln 300 Arbeiter entließen. Die Glasstoff Courtaulds in Köln-Mülheim hat die Arbeitszeit von 48 auf 45 1/2 Stunden wöchentlich herabgesetzt, um größere Entlassungen zu vermeiden.

Arbeitslosigkeit steigt

Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit wird von überallher gemeldet. Im Verwaltungsbezirk Braunschweig stieg die Zahl der Arbeitslosen von Ende Mai auf Ende Juni von 43 448 auf 43 380. In der Pfalz hat die Zahl der Arbeitslosen Mitte Juli 13 000 überschritten (Ende Mai 13 087, Ende Juni 14 823). Im Be-

Neues zur Demontage

Wachsende Einsicht in den USA

Zum Thema Demontage sind wieder einige aktuelle Ereignisse zu berichten. Der amerikanische Senat hat einen neuen Schritt zur Einstellung der Demontage zahlreicher westdeutscher Industrie-Anlagen unternommen. Es scheint, daß dieser Schritt durch den Beauftragte deutscher Industrieller in Washington zustande kam, die sich in Gesprächen mit Senatoren und Regierungsvertretern für einen Demontagestop einsetzten. Mitglieder des Bewilligungsausschusses des Senats weisen mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, die Zerstörung deutscher Industrieanlagen abzustopfen, wenn Deutschlands Wiederaufbau beschleunigt durchgeführt und die Beurlaubung der amerikanischen Bevölkerung erleichtert werden sollte. Der republikanische Senator George W. Malone erklärte, es sei von wirtschaftlichen Standpunkt aus eine Demontage, mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, soweit es sich nicht um Rüstungsbetriebe handle, fortzuführen. Malone sagte wörtlich: „In Wirklichkeit verhält es sich so, daß die Engländer diese Industriebetriebe, die einen integrierenden Bestandteil der Ruhrindustrie darstellen, ausschalten wollen, weil sie die Konkurrenz nicht wünschen.“

Inzwischen haben in Hamburg die Arbeiter der Deutschen Werft gegen die Demontage der Reichsbahn-Werke protestiert und sind in einen fünfstündigen Streik am Dienstag getreten. Auf Grund einer britischen Anordnung ist die Demontage des Hochofenwerkes der Charlottenhütte in Niederschelden sowie des beiden Stahlwerke der Henrichshütte in Heilings und der Niederrheinischen Hütte in Duisburg-Hochfeld eingestellt worden, bis eine Entscheidung über die deutschen Austauschverträge für diese drei Werke getroffen worden ist.

Ein grundsätzlicher Demontagestop für die Henrichshütte und die niederrheinische Hütte ist dadurch nicht verfügt worden, da an verschiedenen Demontageobjekten (Bösch- und Waisenstraßen) weiter demontiert wird. Bei der Charlottenhütte beschränkte sich dagegen der Abbruch bisher auf mechanische Teile, während der Abbruch für die Winderhüter der Hochöfen wieder zurückgezogen wurde. In den nächsten Tagen rechnet man in unterrichteten deutschen Fachkreisen mit der endgültigen englischen Entscheidung über die deutschen Austauschverträge, wonach das gesamte Hochofenwerk der Charlottenhütte sowie etwa 37 000 t an Stahlkapazitäten bei den beiden Stahlwerken in Heilings und Duisburg-Hochfeld erhalten bleiben sollen.

reich des Landesamtes Rheinland-Pfalz-Nassau stieg die Zahl der arbeitslosen Männer von Ende Mai auf Ende Juni von 13 880 auf 18 135, die der arbeitslosen Frauen von 3225 auf 3531; dabei erstreckt sich diese Steigerung der Arbeitslosigkeit mit Ausnahme der Landwirtschaft auf fast alle Berufsgruppen. (Auf sozialpolitischem Gebiet sei erwähnt, daß die Heidelberger Lohnabkommen vorzüglich zum 30. 9. 1948 von der Gewerkschaft „Druck und Papier“ gekündigt wurde.)

... und die Konkursziffer

Entsprechend dieser Abwärtsentwicklung der Produktion und des Anstieges der Arbeitslosigkeit haben sich auch die Konkursziffern erhöht. So stellt die Wirtschaftsministerin von Württemberg-Baden fest, daß trotz Erleichterung der Kreditgewährung keine Zeichen einer finanziellen Entspannung festzustellen seien. Die Zahl der Konkurs- und Vergleichsverfahren erhöhte sich von 50 im April auf 62 im Mai und 70 im Juni. Die ungesicherten Liquiditätsverhältnisse können u. a. auch darin zum Ausdruck, daß im Juni bei 11 Geldinstituten Wechsel im Betrage von 600 000 DM zu Protest gingen.

Kredite und Anleihen

Damit sind wir beim Kreditproblem angekommen. Als günstiges Moment registrieren wir den starken Neuzugang bei den Lebensversicherungsgeellschaften. Im Mai sind für 260 Mill. DM neue Lebensversicherungsverträge abgeschlossen worden; diese Summe bildet den höchsten monatlichen Neuzugang seit der Währungsreform. Weniger erfreulich und ein besonderes alarmierendes Beispiel für die verfallene Kreditpolitik ist der Beschluß der Zentralbank, Solawechsel im Bergbau einzulassen. „Im das Ausnahmeprogramm für den Ruhrbergbau nicht durch kurzfristige Geldschwierigkeiten zu hemmen“. Also doch langfristige Anlagen kurzfristig finanziert! Wir verstehen nur nicht recht, warum dieses unklassische Mittel nicht auch sonst Anwendung finden sollte.

Inzwischen wird bekannt, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau noch im Laufe dieses Sommers mit größeren Anleiheprojekten in die Öffentlichkeit treten wird. In Anbetracht des Mißerfolges der Reichsbahnanleihe sind wir erstens vor dem Mut, den diese Wiederaufbaubank aufführt. Die Reichsbahnanleihe wird mit 6 Prozent verzinst, die Wiederaufbaubank plant eine 3-Prozentige Anleihe, der man durch verschiedene Maßnahmen eine besondere Zugkraft geben will, nämlich völlige Steuerfreiheit, Verwendbarkeit von Anlagekonten und Alleinbenutzung für den sozialen Wohnungsbau. Eine weitere 3-Prozentige Anleihe, die ebenfalls als Anlagekonten bezeichnet werden kann, wird die gleichen Steuervergünstigungen genießen wie die Reichsbahnanleihe.

Selbsthilfe im Wohnungsbau

Landesaussstellung „Dach und Fach“ in Essen

Bei der Eröffnung der Landesaussstellung „Dach und Fach“ in Essen sprach der Direktor des Baulandverbandes Ruhrkohlenbezirk, Dr. Ing. Rappaport, über die Fragen des neuzeitlichen Bauwesens.

„Von größter Wichtigkeit ist eine sorgfältige Planung des Wiederaufbaus, wobei besonders der Aufbau der einzelnen Orte und Städte planmäßig auf übersehbare Frist festgelegt werden muß. Was von dem heute Erhaltenen brauchbar ist, muß schon aus wirtschaftlichen Gründen erhalten bleiben. Unverfüllbar wird daher der Wunsch bleiben müssen, auf den Trümmern der zerstörten Städte neue, moderne Städte entstehen zu lassen. Auch ein vielfach geäußertes Plan, die Trümmer der zerstörten Städte einfach liegen zu lassen und daneben auf noch unbesetzten Land neue Stadtbedingungen zu errichten, ist in der Praxis nicht zu verwirklichen, solange rund 4 Millionen Deutsche in menschenwürdigen Behausungen untergebracht sind. Nicht neue Siedlungen sind notwendig, sondern es müssen vor allem für diese Armen Wohnungen geschaffen werden.“

Aus den Äußerungen Prof. Ehrhards nach der Rückkehr aus den USA ist zu entnehmen, daß er mit dem Beginn ausländischer Kapitaleinführungen nach Deutschland in naher Zukunft rechnet. Die „Financial Times“ vom 18. Juli greift diese Gedanken auf und erklärt, daß John McCloy am 14. August, wenn er sein Amt als hoher Kommissar antritt, die Entscheidung Washington zur Frage der Auslandsinvestitionen in Deutschland bekanntgeben werde. Allerdings seien, so sagt die „Financial Times“, allierier Kräfte in der Beurteilung der Ausländer für fremde Kapitalinvestio-

In dieser Nummer:

- Enttäuschte Außenhandelskaufleute
- Struktur der Arbeitslosigkeit
- Planwirtschaft unter Konkurrenzdruck
- Cripps politisch erholungsbedürftig?
- Osterreich verstaatlichte Industrie

nen in Deutschland weniger optimistisch als die Deutschen. Man muß bei dieser Bemerkung berücksichtigen, daß es sich um ein englisches Finanzblatt handelt; sowohl aus der bekannten Mentalität als auch wegen der Sorgen im eigenen Land spielt das Blatt bei der Transferierbarkeit an und kann es sich nicht verkneifen zu schreiben: „Ein Deutschland, das seine Vorkriegsverpflichtungen nicht erfüllt, ist kein attraktiver Platz für ausländische Kapitalanlagen“. Wir glauben, daß sich hierin die „Financial Times“ irrt. Außerdem kam ja Herr Ehrhard aus den USA und brachte diese Nachrichten mit. Mit möglichem Kapital ist zweifellos nicht so bald zu rechnen — mit einigen Ausnahmen, die aber immerhin schon sichtbar sind. Die Sorgen im eigenen Land sind eben immer noch sehr groß, insbesondere wenn man die am Mittwochabend veröffentlichte Außenhandelsliste für Juni betrachtet; der Juni brachte die höchste Außenhandelsdefizit seit zwei Jahren mit 55 Mill. Pfund.

Holländische Kritik

Dies im Zusammenhang mit dem massiven Angriff des holländischen Außenministeriums gegen die Import- und Exportzölle, das in Deutschland praktiziert werde, gesehen, ergibt tatsächlich für uns die Notwendigkeit, noch wachamer beim Export zu sein. Jedenfalls ist die Kritik des holländischen Außenministeriums in vielen Punkten nicht unberechtigt, wenn auch der Vorwurf der Autarkiebestrebungen nach dem Muster des Dritten Reiches etwas zu weit geht. JELA und deutsche Außenhandelsstellen sollten diese Rede aufmerksam lesen.

R

Planwirtschaft unter Konkurrenzdruck

HO-Läden müssen Preise senken

Von unserem Berliner Berichterstatter

Die Schlacht um den Kunden ist zwischen der „ungeplanten Wirtschaft“ des Ostens und der „geplanten Wirtschaft“ des Westens in Berlin in voller Schärfe und auf allen Fronten entbrannt. Der Aufbruch der Blockade, die ja bekanntlich inzwischen durch eine kleine Blockade ersetzt worden ist, folgte ein Warenstrom in die Westsektoren der Stadt, dem der Osten nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte, weder in preislicher noch in qualitativer Beziehung. Damit lag die westliche Wirtschaft in den folgenden Wochen klar in Front. Nicht nur, daß der Westbewohner der Stadt, der vor der Aufhebung der Blockade gelegentlich unter Ausnutzung des Wechselkurses in den HO-Läden des Ostens gekauft hatte, fernlieb, in zunehmendem Maße begannen die Bewohner des Ostsektors sogar unter finanziellen Einbußen von den Einkaufsmöglichkeiten in den Westsektoren Gebrauch zu machen, die ein unvergleichlich reichhaltigeres Angebot an hochwertigen Qualitätswaren, an Textilien wie Stoffen, Herrengarderobe, Damenkleidern und Mänteln, Strümpfen bis zum Nylonstrumpf, Schuhen und Lebensmittel und langbeachteten Genussmitteln zu bieten hatten.

Es kann unter diesen Umständen nicht überraschen, daß die Nachfrage nach Westmark außerordentlich stieg, bis schließlich eine Westmark mit 4,30 Ostmark bezahlt werden mußte. Gerade diese Entwicklung, die natürlich mit gleichzeitigen Nachteilen für den ostsektoralen Umwandler in steigendem Maße verbunden war, sagt, wie attraktiv das Westberliner Warenangebot war. Teilweise kaufte man aber selbst unter diesen Umständen im Westen noch billiger als im Ostsektor Berlin, wobei von der Qualität der Waren ganz abgesehen werden kann. Die erste Preis senkungsaktion der HO-Läden gleich nach der Aufhebung der Blockade am 24. Mai hatte nicht den erwarteten Erfolg. Die HO-Läden verlorsten mehr und mehr, und die Umsätze gingen katastrophal zurück. Da aus den Gewinnen der HO-Läden nicht zuletzt die Budgets der Ostzone finanziert wurden, und andererseits Reparaturen und Ersatzkosten des wertvollen höchsten Ausgabeposten im ostdeutschen Budget bilden, mußte das Verlangen dieser Finanzverwaltung die Finanzwirtschaft der Ostzone schwer in Mitleidenschaft ziehen. Wollte man den Käufer also

wieder in den HO-Läden locken, so mußte man sich der Westberliner Konkurrenz im Preis anbeugen und sich die Warenwahl vergrößern. Diese Notwendigkeit, und nicht die behauptete politische Steigerung der Erzeugung, die dem Henneckeprinzip, ist die Ursache, daß man die zweite Preis senkungsaktion vorgenommen hat, bei der nur Berlin und vielleicht einige Großstädte der Ostzone die Schaufensterauslage bilden, die auf Kosten der ausgedehnten Lädenregale, das heißt der von Waren entblößten Ostzone erfüllt wurden. Das relativ geringe Warenangebot im Ostsektor Berlin geht auf Kosten der Versorgung der Bevölkerung in der Ostzone, denn an dem Prinzip der Reparaturen und der Warenentnahme aus der laufenden Produktion durch die sowjetische Besatzungsmacht wird natürlich nicht getüfelt. Auch nach der zweiten Preis senkung der HO-Läden sind in den Preisen für die angebotenen Waren zweiter Qualität immer noch wachsende Gewinne enthalten, obwohl man gewungenermaßen einen nicht unerheblichen Preisabzug vornehmen mußte. So kostet das Pfund Mehl heute 5 Ostmark gegen vorher 3,50, das Pfund Zucker 1,50 Ostmark gegen 1,20, ein Damenkleid aus Zellwollkammgarb 3,00 Ostmark gegen vorher 2,00 Ostmark usw. Für ein Kilo Lebensöl werden 28 Ostmark verlangt, für ein Pfund Butter 25 Ostmark, für Margarine 23 Ostmark, für ein Pfund Salz 20 Ostmark, für, wie bekannt wird, triefenmäßige Braunschweiger Wurst 21 Ostmark usw. Das sind nur einige Beispiele. Der Arbeiter des Ostsektors verdient aber im Durchschnitt nur 200 bis 300 Ostmark im Monat und die Frauenlöhne liegen zwischen 175 und 250 Ostmark im Monat. Es liegt auf der Hand, daß nach Abzug der für den Lebenshaltungskosten wie Miete, Fahrgehalt, Ausgaben für Heizungsmaterial für den Winter und für die rationierten Lebensmittel, die breite Masse der Arbeitenden nicht in der Lage wäre, von dem Angebot in den HO-Läden größeren Gebrauch zu machen, wenn nicht trotz Währungsreform und dem damit verbundenen Geldschub sich die zur Aufhebung der Blockade infolge der Diskrepanz zwischen Einkommen und Warenausgang sich schon wieder ein riesiger Kaufkraftüberhang gebildet hätte, dessen Reserve jetzt von der wachsenden Bevölkerung ein

gestrot werden. Ganz anders, und das muß immer wieder betont werden, ist die Lage des Westberliner Westbürgers, der nominal dasselbe Einkommen hat wie der Ostberliner, nur eben in Westmark mit dem heute fünfmalen Ostmarkwert. Immerhin sollen die Umsätze der HO-Läden in Berlin am ersten Tage der neuen Preise 1,87 Mill. Ostmark betragen haben.

Man darf aber nicht annehmen, daß damit die endgültige Sanierung der ostdeutschen Planwirtschaft erreicht sei. Seit dem Höchststand der Westmark mit 4,30 Ostmark ist das Umrechnungsverhältnis auf 3,20 Ostmark gefallen. Je mehr das Währungsbarometer einem Ziel für die Westmark zustrebt, um so größer werden die Chancen für die Westberliner Wirtschaft, daß der Käuferstrom wieder in die Läden der Westsektoren umgelenkt wird, denn damit lohnt es sich, in steigendem Maße Ostmark in Westmark umzutauschen und in Westberlin einzukaufen. Es wird sich also auf einer niedrigeren Ebene das wiederholen, was man seit der Aufhebung der Blockade bereits zweimal erlebt hat. Wieder werden sich die HO-Läden gezwungen sehen, die Preise zu senken, und wieder wird man als Begründung die gestiegene Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft in der ostlichen orientierten Presse mit lauten Worten preisen. In Wirklichkeit zwingt der freie Wettbewerb einer freien Wirtschaft die monopolistische ostdeutsche Wirtschaft der Ostzone, die der Käufer dem Monopol verweigert, ausgetrieben ist, als der Not eine Tugend zu machen und sie mit phrasenhaften Schlagworten zu verpacken.

Der Wechselkurs ist in Berlin tatsächlich zum Wirtschaftsfaktor geworden. Ein Sinken des Wertes der Westmark kann in U. zu einer Abwanderung breiter Kaufschichten in die HO-Läden führen, wenn das Umrechnungsverhältnis den Einkauf hier vorteilhafter erscheinen läßt, wie der umgekehrte Vorgang zu einer Abwanderung der Käufer nach Westberlin führen muß. Beide Seiten werden dieser Entwicklung von der Preispolitik herbestimmten versuchen, um ihre Auswirkung abzumildern. Den Nutzen davon wird der Berliner Käufer haben, der jetzt nach dem Krieg seinen Bedarf an Textilien, Schuhen und sonstigen Lebensmitteln nicht in den ostdeutschen, sondern in westdeutschen Ausland decken konnte. Im Osten verminderte der „Warenmangel“ bis zur Aufhebung der Blockade Käufe größerer Ausmaße wobei die geforderten Preisaufschläge sich überlagerten und in Westberlin die durch die Blockade bedingte Warenknappheit, die auf die Preise natürlich auch nicht ohne Auswirkung bleiben konnte.

Dieser Vorgang der wechselseitigen Anpassung kann sich beliebig oft wiederholen, bis das Barometer auf „Stille“ steht, d. h. bis ein fester Umrechnungsverhältnis auf einem heute noch nicht voraussehbaren Stand erreicht ist. Dieser Stand aber wird, abgesehen von zufälligen Einflüssen, die auch für die Folge auf den Wechselkurs zurückzuführen werden, von der Kaufkraft her bestimmt werden, und es ist heute schon sicher, daß die freie Wirtschaft die besten Möglichkeiten in dieser Beziehung ausschöpfen wird, denn sie ist beweglicher als die sture Planwirtschaft des Ostens mit ihrem aufgebauten Verwaltungsapparat, und sie kann nicht mit Subventionen aus der Tasche des Steuerzahlers rechnen wie die „Volksigenen Betriebe“ der Ostzone und Ostberlins. Die Frage der Wettbewerbsfähigkeit regelt sich in der freien Wirtschaft automatisch. Wer nicht mehr konkurrenzfähig ist, bleibt am Wege liegen. Das ist aber die sicherste Gewähr dafür, daß der Kunde nicht überfordert wird, eine Schwere, die der Käufer in einer von politischen Gesichtspunkten geleiteten Planwirtschaft niemals haben kann. Hey werden die Preise von ganz anderen Notwendigkeiten bestimmt, in der Ostzone gegenüber von der Notwendigkeit Reparaturen zu zahlen und den Unterhalt einer Besatzungsmarine sicherzustellen.

Die aktuelle Reportage: Pfandhäuser

Oberleitende Redaktionsmitglie
Anders Menschen
vor dem gleichen Schalter
Von unserem sächsischen Redaktionsmitglie

K., München, 20. Juli 1940

In unserer geldarmen Zeit wurde das Pfandhaus gesellschaftsfähig, ja es ist geradezu dem March ein Treffpunkt der „guten Gesellschaft“ zu werden. Noch ist die Zahl dieser Häuser, soweit sie kommunale Einrichtungen darstellen, auf Hamburg, Düsseldorf, Dortmund, Frankfurt a. M., Stuttgart, Augsburg, München und Kempten beschränkt. Aber die Konkurrenz ist auf ihrer Seite, weil ihre Blüthenzeit die Krise ist und daher werden wir Pfandhäuser wie Fliege nach dem Regen wahrnehmen sehen. Das Publikum vor dem Schalter trägt ein anderes Gesicht als einst. Die Mötze, die heute Menschen zum Pfandhaus treiben, sind kühner als ehedem. Die Gruppe der neuen Wucherpänder, die am Leihtag ihre Sachen auflösen, um schon am Montag nach Verbrauch des Wochenverdienstes noch Gegenstände zu besitzen, die sie am nächsten Zahlung von Neuem zurückholen — diese Gruppe willensschwacher Elemente spielt heute keine entscheidende Rolle mehr. Die Zeit des großen Leichtsinns ist vorüber. Vor dem letzten Krieg kamen z. B. Menschen aufs Pfandhaus, die Wertgegenstände besitzen, um in Urlaub fahren zu können. Da jeder einen sicheren Verdienst hatte, war die Frage der Rückzahlung des Darlehens kein Problem. Damals erließen Kriegsvollzüge eine höhere Beweise. Man konnte keine Arbeitsteile, keine Währungserschütterungen, Wiewohl Wissen zu es die vorletzte von den Zinsen leidet, die das von Manna hinterlassene Kapital abwärts Alle diese Menschen, die Zeitzeile und Schicksal aus den gewohnten Geleisen einer gesicherten Existenz riefen, aber sie kamen auch andere Gruppen als diese stellungsgewordenen Facharbeiter, das akademische Proletariat, die existenzlosen Offiziere oder die Hinterschleichen und Pfändlinge zu 30% setzte sich das Publikum des Münchner Pfandhauses, das wir besuchten, aus Geschäftsmännern zusammen. Die plötzlich Bargeld für fällige Lohnzahlungen benötigten, oder Rechnungen für Warenlieferungen begleichen mußten. Ärzte konnten, die ihre Patienten nicht mahnen wollten, um sie nicht zu verlieren, aber sich angesichts ihrer Außenstände keinen anderen Rat als das Pfandhaus wies. Und Studenten und Stangengänge.

„Was soll das Pfand in meiner Hand?“ — so fragt sich auch die Gemeinde. Und alles Schwerekräftige wird darum mit nur ganz geringen Darlehen beliehen. Lohnverloren sind im Wert gefallene 100.— DM kostete, ist heute noch 200.— DM in Läden wert. Brillanten



Verpfändeter Hausrat und Wertgegenstände

fieren gleichfalls. Da bringt eine weißhaarige Dame einen echten Perser Teppich heute erwerben? Die geringe Aufnahmefähigkeit des Marktes zwingt auch das Leihhaus zur Vorsicht. Objekte werden etwas gar nicht mehr angenommen. Für Radioapparate wird in Anbetracht der für 1939 befristeten Auswirkungen des Kopenhagener Weltmarkts gleichfalls nicht mehr als 40.— bis 50.— DM gewährt.

Es ist daher schwer, mehr als 50.— DM als Darlehen am Schalter in Empfang zu nehmen, wenn man nicht Gebrauchsgegenstände zu verpfänden hat, oder — wie die Geschäftsteile — mit gängiger Ware Sicherheit leistet. Immerhin hat das Münchner Pfandhaus 123 Darlehen im Wert von 600.— bis 2000.— DM laufen. Die höchste Summe, die einmal zur Ausgabe gelangte, war 5000.— DM.

Mit einigen Reichtümern hat heute die Pfandhäuser als Weidwandschändlinge Kreditkassen zu beschreiben, in denen sich der Mann von der Straße zur Überbrückung einer vorübergehenden Krise Hilfe holen kann. Das seit Oktober wieder in Betrieb genommene Münchner Pfandhaus arbeitet seit Kreditgeldern von 5 Millionen DM. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage lässt man sowohl an dem Anwenden der Zahl beliehener Gegenstände wie

an der geringen Darlehenshöhe ab. Im Oktober 1938 wurden 5655 Pfänder mit 212 983.— DM in München beliehen. Im Juni 1940 waren es 10 261 Pfänder, für die nur 246 614.— DM Darlehen gewährt wurden. Im Dezember lag das Pfandhaus nur 238 Pfänder, die noch nicht ausgelöst waren und für die 1984.— DM ausgeliehen wurden waren. Im März waren das 4196 Pfänder für 129 965.— DM, und jetzt liegen im Pfandhaus dieser einzigen Stadt, einschließlich aller Pfänder, deren Frist noch nicht abgelaufen ist, oder verlängert wurde, 40 886 Pfänder mit 1 444 076.— DM. Während früher nur 45% um eine Fristverlängerung zur Auslösung ihrer Gegenstände nachsuchten, sind es heute 98% aller Kunden. Im August findet in München die erste große Versteigerung des Pfandhauses in der Nachkriegszeit statt. Dabei ist zu betonen, daß die Pfandhäuser nicht so geführt werden, als ob sie dazu da wären, dem Publikum ihr Eigentum billig abzulassen. Sie müssen sich nur selbst erhalten, ohne Gewinne abzuwerfen. Die auswachsende Konkurrenz macht es unmöglich, die Gebühren und Zinsen wieder auf den Stand des Jahres 1933 herabzusetzen.

Zweifelt man über die Beschränkungen der Pfandhäuser heute noch haben, hätte nicht die Epoche des Kalorienmangels eine Masse der ältesten Gebrauchsgegenstände auf die Bauernhöfe oder in DP-Lager abwandern lassen. Gerade aber diese Wertgegenstände sind die glückliche Ware für Heilungszwecke. Die Zeit des Bombenkrieges und des Schicksal der Vertriebenen ließ Gebrauchsgegenstände gerade bei solchen Personengruppen zur MANGELWARE werden, die heute am ehesten mit ihnen im Pfandhaus erscheinen würden.

Das Pfandhaus ist Barometer der wirtschaftlichen Lage der Massen. Als Kreditinstitut für Geschäftsteile ist es natürlich widersinnig und gibt Hinweise auf notwendige Modifizierungen der Kreditpolitik. Das Publikum am Schalter stellt am sensibelsten den Zug her, den die heute von einer Gesellschaftsschicht in die andere hinüberwehen, denn was gestern unten war, steigt heute auf, und was gestern oben war, sinkt heute herunter. Man kann das betrachten, wie man will, etwa als ungleiche soziale Gerechtigkeit, die jedem einmal den Platz an der Sonne einräumen will, oder aber auch als gefährliche soziologische Umwidmung, aus der uns nichts Gutes erwächst.

Absatzkrise der Berliner Seifenindustrie

Von unserem Berliner Berichterstatter in der Ostzone

Die Berliner Seifen- und Waschmittelindustrie hat nach Aufhebung der Blockade mit großen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen. In Berlin stellen etwa 18 Fabriken feinfellige Seifen und Waschmittel her. Daneben fertigen 35 Firmen Reinigungs- und Scheuermittel. Von den 18 Seifenproduktionsstätten sind gegen sechs bis acht Unternehmen seit Jahrzehnten auf diesem Gebiet tätig. Die restlichen Betriebe entstanden nach 1945, darunter auch solche von ausgewiesenen Ostdeutschen.

Die Gesamtkapazität der Seifenindustrie Berlins ist etwa doppelt so groß wie der Bedarf der Berliner Bevölkerung. Der Konsum ist hierbei pro Kopf dem gegenwärtigen Verbrauch der Westzonen angepaßt. Das Erzeugnisprogramm gleicht in Mengen, Güte und Preis dem der Westzonen. Die Berliner Unternehmen sind durchweg voll leistungsfähig und können mit den aus Westdeutschland importierten Waren ohne weiteres konkurrieren. Rohstofffragen bestehen jetzt nicht mehr. Wenn die Berliner Seifenindustrie heute trotz voller Leistungs- und ungenutzter Produktionsmöglichkeiten sich einer Absatzkrise gegenüber sieht, so beruht diese auf verschiedenen Ursachen.

Bei Blockadeende wurde Berlin außer mit Lebensmitteln auch mit Seifen und Waschmitteln aus Westdeutschland schlagartig überschwemmt. Die Berliner Fabriken waren anfänglich nicht in der Lage, den westdeutschen Erzeugnissen zu begegnen, da der Westen mit der Währungsreform einen gegenüber einen Vorsprung hatte, und sie Zeit zum Aufbau brauchten. Großhandel und Einzelhandel machten, von den Feinern der Bewirtschaftungsverordnungen befreit, weitgehend von freien Einkäufern Gebrauch und deckten sich auf lange Sicht ein. Die vom Magistrat und Industrieverbänden unternommene Schritte zum Schutz der Berliner Industrie bei den westdeutschen Länderregierungen und Wirtschaftsverbänden hatten dasinnehmend Erfolg, daß sämtliche Länderregierungen Westdeutschlands sich verpflichteten, keine Warenbegleichnisse für Seifen und Waschmittel für Westberlin mehr auszustellen. Trotzdem kamen unter Mithilfe der für Berlin geltenden gesetzlichen Währungs- und Zahlungsvorschriften illegal die angeführten Waren in Mengen durch Transportvermögen herein. Durch diese Manipulation ist die Westberliner Industrie der alten bedürftigen und leistungsfähigen Berliner Industrie aus Konkurrenz geformt. Nach Überwindung der Rohstofffrage und Umstellung der Produktion auf die neuen Gegebenheiten sind die Berliner Fabriken, die durch den Eisenbahnstreik in ihrer Auslieferung zurückgesetzt waren — können doch gewisse notwendige flüssige Rohstoffe nur auf dem Seeweg transportiert werden — zwar voll produktionsfähig. Ihr Absatz

gegenüber ist in Berlin auf ein Minimum des einstigen Normalstandes beschränkt, da die Läger des Groß- und Einzelhandels auf Monate lang hinaus mit Vorräten versehen sind, die aus Westdeutschland stammen, und die der Handel zur Erlangung flüssiger Mittel vorzuziehen muß. Außer den einstufigen Seifen- und Waschmittelabriken werden von diesem Notstand auch die Zubehörinteressen des graphischen und Verpackungsmittelgewerbes betroffen. Durch die westdeutschen Einfuhren befindet sich der Absatzrückgang in Fein- und Kosmetikfabriken teilweise bis auf 90% bei den jetzigen Preisen und Gebührensätzen. Die Berliner und Preissteigerungen kann der aus JHEA-Importen nach Berlin eingeführte Rohstoffanteil durchschnittlich mit ca. 40% angesehen werden, während die übrigen 60% in Berlin anfallende Kosten, Steuern und Abgaben darstellen. Wenn man den Verbrauch der Berliner Bevölkerung mit 3 Mill. DM gleich 1,5 Mill. DM Fabrikpreis annimmt, so ergibt sich, daß die Zahlungsbilanz Berlins um rund 1 Mill. DM verbessert oder verschlechtert wird, je nachdem, ob Seifen und Waschmittel in Berlin hergestellt oder aus Westdeutschland eingeführt werden. Die illegale Einfuhr von allem schädigt die Zahlungsbilanz um erhebliche Beträge und vermindert laufend das Steueraufkommen und führt zwangsläufig zur Verarmung der Sozialkassen. Eine Fehlbilanz der westdeutschen Erzeugnisse bedingt keine Beschäftigung der Berliner Konsumrenten, sondern dient nur dem Schutz der Arbeit-, Währungs- und Zahlungsverhältnisse Berlins.

Die Berliner Seifenindustrie ist finanziell stark vorbelastet, weil sie alle Mehrausgaben aus Luftbrücken transporten einschließlich der Sonderverpackungskosten selbst aufzutragen hat und teilweise noch alle Rohstoffe verarbeitet muß, die hierdurch stark verteuert wurden. Wenn trotzdem die Berliner Fabriken sich bereits vor der Blockadeaufhebung den westdeutschen Preisen voll anpaßten, so geschah dies zur Ausschaltung jeglicher Spekulationsmomente. Die überstürzten Einkäufe des Handels haben an der derzeitigen Krise in erster Linie beigetragen, die bei vorzüglichen Maßnahmen hätte vermieden werden können. Der Ruf nach freier Bewirtschaftung hat sich in diesem Falle als ein zweischneidiges Schwert erwiesen. Man kann Berlin nicht mit den Maßstäben in Westdeutschland messen. Die Berliner Seifenindustrie hat ihr natürliches Absatzgebiet, die Ostzone, abgelehnt und muß, um lebensfähig zu bleiben, außer dem Berliner Markt sich wieder neue Absatzgebiete in Westdeutschland suchen. Geschäfte mit der Ostzone sind erst bei einer verständigen Kursregulierung zwischen Ost- und Westmark möglich. Zur Erhaltung der Berliner Produktionsstätten sind besondere Maßnahmen notwendig.

Der Westberliner Bevölkerung nach den vielen Entehrungen während der Blockade ihre „Kirchweih“ nicht habe nehmen wollen. Diese „Kirchweih“ habe aber den Berlinern in erheblichem Umfang die Arbeit genommen. Allein in 15 Tagen — vom 18. bis 30. Juni dieses Jahres — sei die Zahl der Arbeitelosen um 10 000 auf 177 000 und die Zahl der Kurzarbeiter um 3 000 auf 61 000 gestiegen. Wer empfindet, so sagte Dr. Scholz, den Dingen auch weiterhin seinen Lauf zu lassen, könne nicht mehr als gutwillig angesprochen werden. Subventionen, Kriegen- und Arbeitslosenunterstützungen müßten vom Magistrat gezahlt werden. Man könnte die Einfuhr unnötiger Produkte durch Einführung von Prioritäten zurückdrängen. Von einem solchen Mittel sei aber bisher noch kein Gebrauch gemacht worden. Nach der Beseitigung der Blockade entfielen von der Gesamtindustrie nur 18,8% auf Rohstoffe und Halbfabrikate, 49% auf Lebensmittel und Genussmittel, während der Rest auf Einfuhr von Verbrauchsgütern und Fertigwaren, die in Berlin hergestellt werden könnten, entfiel. Die Landeswirtschaftsämter in Westdeutschland könnten hier im Sinne der Notwendigkeiten für Berlin handeln. Sie würden dies aber aus eigenen wirtschaftspolitischen Gründen nicht tun, meinte Dr. Scholz.

Berliner Kritik

Von den Auswirkungen der großen und beglückenden Verordnungen Prof. Erhardt, die dieser vor 4 Wochen der Berliner Wirtschaft garben habe, sei bisher noch wenig zu merken gewesen. Was er versprochen habe, sei im übrigen vom Magistrat bereits vorher gefordert worden. Dies erklärte Magistratsdirektor Dr. Scholz von der Abteilung Wirtschaft des West-Berliner Magistrats. Aufträge und Kredite seien bisher nicht nach Berlin gekommen und auch der Anpaß der Berliner Zentralbank an das westdeutsche Zentralbanksystem sei bisher noch nicht erfolgt. Im Vereinigten Wirtschaftsbund herrsche eine nicht unerhebliche wirtschaftliche Stagnation. Er gebe dort 1,3 Millionen Arbeitelose an, diese Zahl stiege ständig. Die Lager in Westdeutschland häuften sich und ebenso die Absatzschwierigkeiten.

Die Aufhebung der Blockade Berlins sei für den Westen ein willkommenes Anzeichen gewesen, den Damm zu brechen. In ungeheurer Menge seien Fertigwaren nach Berlin geströmt, die auch in Berlin hätten produziert werden können. Es sei unnötig, Ausland zuziehen, wie Luxuslebensmittel in nicht notwendigem Umfang oder kostspielige Fertigwaren nach Berlin eingeführt werden. Wenn das unmittelbar nach Aufhebung der Blockade geschehen würde, so deshalb, weil man



Juwelen werden vom Sachverständigen am Schalter geprüft

Er strachte eine weitgehende Selbsthilfe für notwendig. Alle in Frage kommenden Stellen sollten sich in einem Propagandafeldzug unter dem Motto: „Berlin, schaff Arbeitplätze, kauf Berliner Erzeugnisse“ zusammenschließen. Berlin brauche Aufträge für seine Industrie, diese Forderung finde aber in Westdeutschland nicht genügend Gehör.

Ein Auftrag der Reichsbahndirektion in Göttingen, um den sich Spandau bemüht habe, wurde nicht dorthin vergeben, weil man in Göttingen den Standpunkt vertrat, man könne „Firmen in der Ostzone leider nicht befristet“ lassen. Später habe man dann erklärt, daß man das ja nicht so gemeint habe.

Als erwidlich bezeichnete er Dr. Scholz, daß es geblieben sei, von Bonn den Auftrag zur Errichtung einer Fernsprechanlage und einer Lautsprecheranlage zu erhalten. Auch die Berliner Kreditindustrie hätte gute Abschüsse auf der Düsseldorf Textilmesse erzielen können. In der ersten Hälfte 1940 habe Berlin für 7,1 Mill. Dollar exportieren können, etwa so viel wie im ganzen Jahr 1940.

Währungsnotabgabe in Berlin

Der Sonderausschuß für Währungsfragen des Berliner Stadtparlaments

Versuchen Sie sich Selbstkontrolle. Wer die Übung der Verhältnisse abwarten will, sollte trotzdem seine Arbeit nicht lassen, sonst sein einziges Verlangen bleibt. Er wählt einen Willen, keine Verfallsfristierung mit Unverschämtheit und Gewissenlos. Besondere Lebensversicherung a. G. 101 Hannover, Postfach 20. Es sollte unerschütterlich im Druck sein.

Name: _____
Mitt: _____
Straße: _____

Französische Kohlenpreise überhöht

Die im Jahre 1948 verstaatlichten französischen Kohlengruben ändern sich vor der Frage gestellt, ihre überhöhten Gestehungskosten mit dem Weltmarktpreis für Kohle im Einklang zu bringen. Im folgenden Artikel werden die Ergebnisse der von der Charbonnages de France für diese Frage eingesetzten Studienkommission geschildert.

Die französische Industrie, insbesondere die Schwerindustrie, beklagt die die Ausfuhr hemmenden hohen Preise von Teil mit den hohen französischen Kohlenpreisen, deren Preisindex in der Tat gegenüber 1939 bei 20 liegt unter Einrechnung der im Vergleich zur Vorkriegszeit viel größeren Abfälle sogar bei 24. Der allgemeine Preisindex bewegt sich zwischen 18 und 19, er weist eine fallende Tendenz auf. Bei den französisch-italienischen Verhandlungen wurde auf die Notwendigkeit für die französische Schwerindustrie, ihre Produktion in der Trienne abzusetzen, hingewiesen. Die französische Presse hat betont, daß deutsche und englische Kohlen billiger sind, etwa bei 60% des französischen Kohlenpreises liegen. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß auch die französische Hausfrau über die hohen Kohlenpreise klagt.

Eine von dem „Charbonnages de France“ eingesetzte Studienkommission hat sich in den letzten Wochen mit der Frage der Rentabilität der französischen Kohlengruben befaßt. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß der Kohlenpreis bis 1952 nur knappe 3% gegenüber dem jetzigen erniedrigt werden könne. Und das, obwohl seit etwa 8 Monaten ein beachtenswerter Fortschritt erzielt worden ist, sowohl was die individuelle Förderleistung als auch was die allgemeine Organisation der Gruben anbelangt. Während bis vor einem Jahr die Gestehungskosten noch erheblich über dem Verkaufspreis lagen (teilweise bis zu 1.600 frs pro t ab Zeche), konnten

im Januar 1949, vor allem durch die Erhöhung der Verkaufspreise, die Gestehungskosten mit dem Verkaufspreis auf rund 945 frs pro t zur Deckung gebracht werden. Das ist vor allem durch eine Leistungsverbesserung der Untertagearbeiter von durchschnittlich 922 kg im Jahre 1947 und 971 kg im Jahre 1948 auf rund 1109 kg im April/Mai 1949 erreicht worden. Fast gleichzeitig ist die Verkleinerung der Gesamtleistung um rund 40.000 Personen (Untertagebelegschaft um 26.000 Personen) vorantgetrieben. Die französischen Kohlengruben sind zwar noch immer erheblich von dem Vorkriegsstand von 1229 kg pro Schicht und Mann entfernt. Es ist jedoch unverkennbar, daß die Modernisierung (amerikanisches Material) der Gruben sich allmählich in den Erträgen auswirken beginnt. Mit der Rationalisierung hofft man die Löhne und sozialen Ausgaben, die die Tonne geförderte Kohle zur Zeit mit 3300 frs belasten im Jahre 1952 auf 1800 frs herabdrücken zu können. Dagegen werden sich die sonstigen Unkosten (Gehaltskosten, Eisenbahnen und Bereitstellung für Neuanrichtungen) von höher 1143 frs pro t auf voraussichtlich 1400 frs pro t im Jahre 1952 erhöhen. Die Gesamtleistungskosten werden sich somit von zur Zeit 3463 frs auf 3270 frs im Jahre 1952, also nur um etwa 3% erniedrigen lassen. Die Löhne aus dem Eisenbahndienst (zur Zeit 183 frs pro t bei 192 Mill. frs Gesamtleistung) werden bis 1952 auf rund 300 frs pro t bei 330 Mill. frs Gesamtleistung anwachsen. Für Materialerhöhungen sind gegenüber jetzt 130 frs pro t für 1952 200 frs pro t veranschlagt.

Rentabilität und Revers

Die Kommission hat ferner die Frage der Rentabilität der einzelnen Kohlenrevers geprüft, die bekanntlich im Jahr 1948 an bloc nationalisiert und ohne Rücksicht auf die Rentabilität der

Förderung nach dem damals alles Überwiegenden Grundsatz, Kohle um „jeden Preis“ zu fördern, ausgebaut wurden. Rund 70% der französischen Kohle wird im Pas de Calais-Nord und in Lothringen gefördert, der Rest verteilt sich auf die kleinen Revers unterhalb der Loire. Es hat sich dabei ergeben, daß Revers in Südostfrankreich, zum Beispiel die Cevennen, bei einer Monatsproduktion von 300.000 t kaum jemals rentabel gemacht werden können. Und das, obgleich in den letzten drei Jahren rund 13 Mrd. frs für Investitions- und Modernisierungsmaßnahmen aufgewendet wurden. Die Charbonnages de France tragen bei jeder dieser Revers (Cevennen) geförderten t Kohle ein Defizit von 300 frs. Die Cevennen sind nach dem Lothringen das zweitgrößte der kleinen Revers. Bei den Kohlenreversen von Blanc (Burgund), in der Provence, des Auvergne, der Dauphiné und anderen noch kleineren Gruben dürfte die Rechnung noch weniger aufgehen. Die Stilllegung unrentabler Gruben erscheint deshalb ein Gebot der Stunde. Von der Kommission empfohlen, stellt der Vorschlag jedoch auf starke Widerstände, insbesondere von Seiten der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften.

Kohlenreserven

Die Lösung der Rentabilitätsfrage soll sich nach Ansicht der Fachkreise deshalb auf einer anderen Ebene vollziehen. Die Aussicht der zur Modernisierung kommenden Revers soll mehr nach als bisher im Hinblick auf ihre zukünftige Rentabilität erfolgen. Hier tritt die Frage der tatsächlichen und vermeintlichen Kohlenreserven Frankreichs auf den Plan. Die sicheren Kohlenreserven Frankreichs werden auf 4 Mrd. t geschätzt. An der Spitze stehen die lothringischen Vorkommen mit 2300 Mill. t, Pas de Calais-Nord folgt mit 850 Mill. t, die Cevennen mit 140 Mill. t, die Auvergne mit

132 Mill. t, die Provence mit 100 Mill. t, das Lothringen mit 90 Mill. t u. a. m. Außerdem werden noch Kohlenreserven von 44 Mrd. t „vermutet“, davon in Lothringen rund 3 Mrd. und in den nordfranzösischen Reversen rund 2,8 Mrd. t. Auf den Norden und den Nordosten Frankreichs entfallen also 40% der Kohlenreserven Frankreichs. Das lothringische Becken bietet nicht nur wegen der sicheren und der noch vermuteten Reserven, sondern auch wegen der durchschnittlichen Mächtigkeit die besten Rentabilitätsaussichten. Lothringen ist deshalb im Monopolen am stärksten berücksichtigt. Die Jahresproduktion von jetzt 9 Mill. t soll bis zum Jahre 1955 auf fast 20 Mill. t erhöht werden, die der beiden großen nordfranzösischen Revers mit einer Gesamtleistung von 28 Mill. t auf 38 Mill. t im Jahr 1952. Die durchschnittliche Mächtigkeit der beiden nordfranzösischen Revers beträgt 1,07 m, in Lothringen 1,80 m.

Sortenproblem

Das Sortenproblem der in Frankreich geförderten Kohle wird sich mit steigender Produktion, jetzt wo der Kohlenverkauf praktisch wieder frei und der Kaufkraft die Wahl gelassen wird, erneut stellen. Der Mangel an Kohle zur Verfeuerung und für Hausbrand ist nicht von heute, Frankreich hat jetzt bereits Überfluß an Kohle mit starker Flammleistung, die das lothringische Becken fast ausschließlich herstellt. Der Überfluß hierzu wird mit steigender Produktion in diesem Revers noch größer werden. Die Anpassung der Öfen, auch der Hausöfen, an diese Sorte wird von der französischen Öfen- und Herdindustrie seit einiger Zeit gesucht. Die Verwendung der wachsenden Mengen von Kohlenabfällen in den Elektrizitätswerken erfordert andererseits die teilweise Umstellung der im Monopolen vorgesehenen Energieplanung Frankreichs. Bei Aufstellung des Planes ist die Kohle zugunsten der Erzielung der Wasserkräfte vorrangigsteigert worden. Die Charbonnages de France erblicken hier noch eine große ausgeschleppte Möglichkeit für sonstige Verwendung ungenutzter Sorten zu verwenden und dadurch die Rentabilität der Gruben zu erhöhen. Gewisse Korrekturen am Monopolen zugunsten des Kohlenexportes sind seit sechs Monaten bereits erfolgt.

Export

Die Erhöhung der Produktivität der Gruben bedingt endlich weitgehend die Zukunftsaussichten der französischen Kohlenausfuhr. Das französische Lang-Term-Programm rechnet für 1952 mit der Ausfuhr von 4 Mill. t Kohle, davon 4,5 Mill. aus der Saar und 1,5 Mill. t aus Frankreich. Vor dem Krieg hat Frankreich im Jahr etwa 11 Mill. t Kohle exportiert. Deutschland soll der Hauptabnehmer werden, aus dem Saarland mit rund 3,5 Mill. t, der Rest soll nach der Schweiz, Italien und Spanien gehen.

Einfuhrzölle neu geregelt

Wie überall, wo der Warenverkehr mit dem Ausland einem Gesetzmäßiger unterliegt, glaubte man auch in Frankreich Grund zu Klagen über mangelnde Anwendung dieses Systems zu haben. Eine vor längerer Zeit in Aussicht gestellte neue Regelung der französischen Einfuhrzölle nach dieser Seite hin nimmt die Berechtigung an.

Eine der wichtigsten Neuerungen besteht in der Vorsehung für eine entsprechende Flexibilität des gesamten Verfahrens, um den auch vom Parlament erlegten Mißbräuchen bei der Erteilung von Lizenzen zu begegnen. Nach Abschluß eines Handelsabkommens sind im Sinne der neuen Bestimmungen die vereinbarten Einfuhrkontingente innerhalb einer Frist von 15 Tagen bekanntzugeben. Gleichzeitig hat auch die Bekanntgabe des Termins zu erfolgen, von dem an Anträge um Bewilligung von Einfuhrzöllen eingereicht werden können. Zwischen der Veröffentlichung der Kontingente und dem Zeitpunkt der Stellung von Anträgen muß ein Zeitraum von wenigstens 15 Tagen liegen. Es soll dadurch eine allgemeine Orientierung und gleiche Behandlung der Interessenten sichergestellt und ausgeschlossen werden, daß die Kontingente, wie es bisher häufig der Fall war, zum großen Teil an die von den Behörden bevorzugten und von diesen daher auch besonders gut unterrichteten Importeure verbleiben werden.

Die öffentliche Bekanntgabe der erteilten Lizenzen regelt die Publizität der Einfuhrkontingente. Das Verzeichnis hat zu diesem Zweck ein Verzeichnis der erteilten Lizenzen zu führen, in das der Name bzw. die Firma des Begünstigten sowie die Art und der Preis der Ware einzutragen sind. Dieses Verzeichnis muß den Vertretern der verschiedenen Fachvereinigungen zur Einsicht vorgelegt werden, die ihrerseits berechtigt sind die erteilten Einfuhrzölle zu veröffentlichen.

Eine weitere wesentliche Bestimmung sieht vor, daß Einfuhrzölle nur nach Maßgabe der zur Begleichung der Einfuhr verfügbaren Devisenbeträge erteilt werden können.

Die Neuregelung umfaßt auch eine Reihe von Vorschriften, die bei der Erteilung oder Ablehnung von Lizenzen Anwendung finden und in ihrer Gesamtheit die Gleichheit der Behandlung sämtlicher Importeure sicherstellen und jede Art von Güntlingswirtschaft in Zukunft unmöglich machen sollen. Insoweit die hierzu genügen-

den Erwartungen berechtigt sind, werden erst die Erfahrungen zeigen können. Was sich bisher zu solchen Erfahrungen auf dem Gebiet der quantitativen Außenhandelskontrollen ergeben hat, läßt die Erörterungen als nicht übertrieben groß erscheinen. Als wirklich wirksames Mittel, allen Mißbräuchen zu steuern, kann nur der Verzicht auf den Gesamterzeugung und die entschlossene Rückkehr zur Handelsfreiheit angesehen werden.

Devisen durch Fremdenstrom

Dem freien Devisenmarkt strömen zur Zeit in Frankreich als Auswirkung des Fremdenverkehrs soviel Devisen zu, daß der Staatseinzahl sie nicht ohne weiteres aufnehmen kann und die französische Nationalbank mit Notwendigkeiten Hilfe stellen muß. Das erweckt natürlich die Befürchtung, es könnte eine neue Inflationswelle ausbrechen. Diese Befürchtung muß sich jedoch nicht als berechtigt erweisen, wenn die Devisen bzw. das Geld bei der Notenbank bleiben und langsam eine effektive Deckung aufbauen helfen. Es fehlt indessen auch sonst an Geld. So begegnet die Erneuerung der schätzselnen Schweizerbank: anlässlich der letzten Fälligkeit sollte es, wie festgestellt wurde, an 80 Mrd. fr. Der Bedarf der Eisenbahnen bedeutet eine weitere Belastung. Er wird jetzt mit 50 Mrd. jährlich angesetzt, während noch vor einigen Wochen behauptet worden war, daß 40 Mrd. genügen würden. Dem Finanzministerium fehlen ebenfalls weitere 17 Mrd., und vermutlich wird auch das Verteidigungsministerium mit neuen Ansprüchen kommen. In der französischen Finanzpresse ist man sich dieser Schwierigkeiten wohl bewußt und verschließt sich auch der Erkenntnis nicht, daß die bisher getroffenen Vorkehrungen eine radikale Besserung noch nicht bringen könnten. Es gilt das nicht nur von der letzten Anleihe, sondern wird auch von der neuen Anleihe der „Electricité de France“ angenommen. Eine entscheidende Wendung könnte die Bereinigung des nationalisierten Sektors und die Freigabe der Wechselkurse und des Goldverkehrs bringen. Sie erst würden — diese Meinung ist weit verbreitet — zu einer wirklichen Stabilisierung des Franc führen und dem Staatkredit bei entsprechender Gelddeckung der Währung ein solches Untermauerwerk geben können.

Zucker: Erzeugung und Verbrauch

Die französische Zuckerproduktion erreichte im Jahre 1948 mit 800.000 t die Vorkriegserzeugung. Der Durchschnittsverbrauch erreicht 1 kg im Monat, Kinder 1 1/2 kg. Von beiden Gruppen werden jedoch in Form von Schokolade und Konfitüren 300 bis 400 g mehr verbraucht. Im Jahre 1939 entfielen auf je-

den Franzosen 2 kg Zucker im Monatsdurchschnitt. Vor dem Krieg wurde in Frankreich erzeugte Zucker im Lande selbst verbraucht. Zur Zeit werden 70 Prozent der Erzeugung nach Nordafrika ausgeführt. Als 1939 die Lebensmittelrationen eingeführt wurden, erhielten auch die Einwohner von Algerien, Marokko und Tunesien Zuckerkarten und Zucker, der ihnen bis dahin zum guten Teil unbekannt geblieben war. Da sie mit den Zuckerkarten zunächst nicht anzufragen wußten, wurde anfangs vielfach weggeworfen, bald wurde jedoch begriffen, daß sich damit Schwarzmarktgeschäfte treiben ließen, und schließlich gewöhnten man sich auch selber an den Zuckerverbrauch.

Im Jahre 1936 wurde in Frankreich eine Fläche von 320.000 ha mit Zuckerrüben bebaut. 1948 beträgt die Anbaufläche 390.000 ha. Der Ertrag ist von der Witterung abhängig. Zwar veränderten die verhältnismäßig geringen Niederschläge von September 1948 bis Mai 1949 die Erntemengen, und auch die weitere Entwicklung brachte keine Steigerung der Erwartungen; von einer Gefährdung der Ernte kann indessen nicht gesprochen werden.

Zucker und Kaffee sind in Frankreich noch rationiert. Rationierungen führen, wie die Erfahrung lehrt, leicht zu einer Erhöhung des Verbrauches. In Tunesien wogte man zu daher vor Monaten, den Zuckerverkauf freizugeben. Der Verbrauch fiel daraufhin sofort um 30 Prozent. Wie man annehmen würde, wenn die Rationierung in Frankreich und in der französischen Union durchweg aufgehoben würde, Nordfrankreich mit 300.000 bis 350.000 t anstelle der jetzt benötigten 330.000 t sein Auskommen finden können.

Snyder in Rom

Das italienische Marshall-Plan-Büro veröffentlichte am Montag ein Kommuniqué über die Besprechungen, die der amerikanische Finanzminister John W. Snyder in den letzten Tagen in der italienischen Hauptstadt geführt hat. Von dem am Marshall-Plan teilnehmenden Staaten hat Italien die größten Anstrengungen unternommen, um eine Stabilisierung seiner Finanzen und seiner Währung unter Berücksichtigung der gegenüber der OEEC eingegangenen Verpflichtungen herbeizuführen, heißt es in der Veröffentlichung, in der auf das Beispiel der französisch-italienischen Zollunion hingewiesen wird. Weiter wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß sich die Regierung in Washington weiterhin für eine freie Konvertierbarkeit der Währungen einsetzen werde, die Italien für die bisherigen Opfer zugunsten anderer Staaten einschließen würde.

Cripps politisch erholungsbedürftig!

Sir Stafford Cripps ist in die Schweiz zur Erholung gefahren. Es wird über diese Reise in London viel geredet. Manche glauben, daß Herr Cripps nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird. Die einen schärfen gebührende Erklärungen von Herrn und Frau Cripps an, daß sie die Cripps'sche Pläne während seiner Abwesenheit streng durchführen werden, lassen die Vermutung aufkommen, daß die Gerüchte nicht ganz unbegründet sind. In autoritären Systemen, wenn die sozialistischen Gelehrten, reagiert man die Wahrheit durch strenge Haltung ab.

Auch Sir Stafford Cripps bediente sich eines Propagandamittels, das wir aus dem Dritten Reich zu kennen. Er erklärte am Montagvormittag vor Pressevertretern, die eben besetzte Commonwealth-Konferenz sei „eine der erfolgreichsten Commonwealth-Konferenzen gewesen, die je abgehalten wurden“. Die von einer Nachrichtenagentur verbreitete Meldung, die Konferenz sei ein Fehlschlag gewesen, bezeichnete Cripps als unzutreffend.

Immerhin haben in England in der letzten Woche zwei Konferenzen stattgefunden: Die besagte Commonwealth-Konferenz und die Konferenz mit dem USA-Finanzminister Snyder.

Der amerikanische Schatzsekretär Snyder soll nach einem Bericht der „New York Times“ von seinen Besprechungen mit dem britischen Schatzkanzler Sir Stafford Cripps in London nicht sehr beeindruckt worden sein. Nach einem Bericht aus Genf, der als Quelle Personen aus der Umgebung Snyders anführt, sei der amerikanische Schatzsekretär dagegen von dem Empfang in Frankreich und von dem, was der französische Außenminister Schuman und der französische Finanzminister Perche über die europäischen wirtschaftlichen Probleme zu sagen hatten, angetan. Snyder sei allerdings übertrieben, wenn man sagen wolle, daß Mr. Snyder anti-britisch oder pro-französisch nach Hause fahre. Die guten Eindrücke des amerikanischen Schatzsekretärs von der großzügigen französischen Sicht der Dinge kann jedoch nach Ansicht des Berichtes für Frankreich eine günstigere Atmosphäre in Washington schaffen, als die in der Nachrichtenwelt übertrieben dargestellt wird. Die Gespräche Snyder mit Sir Stafford Cripps erzielten keinen Fortschritt gebracht zu haben. Der Schatzsekretär hätte den Ausführungen seines britischen Kollegen den größten Teil der Zeit nur zugehört und hätte das meiste von dem, was er hörte, nicht oben zorn gehört. Nach Ansicht von Persönlichkeiten aus der Umgebung des amerikanischen Finanzministers habe Sir Stafford Cripps etwas zu heftig versucht, Snyder die britische Ansicht von der gegenwärtigen Dollarfrage und ihren Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Trotz der Übertriebenen Vorurteile in Europa, was der amerikanische Schatzsekretär alles tun werde, von der Abwertung des Pfundes bis zur Bereitstellung von verschiedenen Milliarden Dollar in Gold, habe der Besuch Snyder genau den Sinn, der vor der Abreise mitgeteilt worden sei, nämlich Besprechungen mit den Vertretern des Schatzamtes in den verschiedenen Hauptstädten Europas. Immerhin könnten die gemeinsamen Eindrücke Mr. Snyders, so schließt das Blatt, erheblichen

Einfluß auf die auswärtige Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten haben.

USA-Pläne für Englandhilfe

In amtlichen amerikanischen Kreisen werden die gegenwärtigen britischen Schritte zur Hebung des Dollardefizits als ungenügend angesehen. Man ist hier der Auffassung, Großbritannien solle sich zum Ziel setzen, seine Exporte nach den USA auf 730 Mill. Dollar im Jahr zu steigern. Nach dem vom britischen Handelsminister im Parlament in der vergangenen Woche bekanntgegebenen Zahlen betragen die britischen Exporte nach den USA im Jahr 1948 nur 284 Mill. Dollar. Unter Zugrundelegung der Mai-Exporte 1949 ergibt sich für 1949 ein Exportwert von sogar nur 188,9 Mill. Dollar. In der amerikanischen Presse, der Wirtschaft und in amtlichen Kreisen wurden die Politik und das Geschäftsgeheim der britischen Regierung und Exporteure zwar scharf kritisiert, jedoch ist nach Auffassung unterrichteter Kreise bei allen beteiligten amerikanischen Stellen das Bestreben, unverkennbar, eine Lösung zu finden und Wege zu suchen, auf denen die USA Großbritannien unterstützen könnte. Nachfolgend seien einige der wesentlichen diskutierten Vorschläge zusammengefaßt.

1. Abwertung des Pfund Sterling und demgemäß Senkung der britischen Exportpreise. Nach wochenlangen Debatten schlossen die Mitglieder der amerikanischen amfritischen Stellen über diesen Punkt nicht zu sein. Über ausgesprochen sind State Department und ECA gegen eine Abwertung des Schatzamt dafür.
2. Erhöhte Investitionen der USA in Großbritannien, setzen Kolonien und dem Sterling-Block überhand. Diese Maßnahmen werden als notwendig bezeichnet, um die Produktivität der britischen Gebiete zu heben und sie in die Lage zu versetzen, mehr und billigere Waren für den Dollarmarkt zu produzieren. Man ist der Meinung, daß die britische Regierung den amerikanischen Kapazitäten mehr Ermüdung zusetzen lassen solle und nicht darauf bestehen dürfe, Fabriken mit britischen Geld oder aus Marshall-Mitteln zu erwerben.
3. Subventionierung der britischen Exporte nach dem Dollar-Gehalt. Nach der amerikanischen Zollgesetzgebung hätte jedoch die amerikanische Regierung die Pflicht, derartige Subventionen durch eine Erhöhung der Zölle gegen die subventionierten britischen Exporte zu bekämpfen.
4. Senkung der amerikanischen Zölle für britische Waren.
5. Käufe für die strategischen Vorräte aus dem Sterling-Block. Hierfür können Gummi, Eisen, Chrom, Mangan, Bauxit, Asphalt, Kopal und Diamanten in Frage. Der amerikanischen Regierung stehen für diese Zwecke jedoch nur 305 Mill. Dollar im laufenden Rechnungsjahr zur Verfügung. Sie hat überdies diese Mittel für Käufe in den USA und in anderen als Sterling-Gebieten zu verwenden. Das betreffende Gesetz sieht vor, daß die amerikanische Regierung erst dann Käufe außerhalb der USA vornehmen kann, wenn die die betreffenden Waren um 25% billiger einkaufen kann.

In der amerikanischen Presse werden darüber hinaus noch eine große Anzahl

von Vorschlägen diskutiert, die nur geringe oder gar keine Aussicht haben, von der Regierung oder vom Kongreß angenommen zu werden. Insbesondere trifft man immer wieder auf Spekulationen über ein sehr großes Tauschgeschäft zwischen den USA und Großbritannien. Diese Gedanken dürften jedoch vom Kongreß reallos abgelehnt werden.

„Ergebnisse“ der Commonwealth-Konferenz

Nach eingehenden Besprechungen über das Sterling-Dollar-Problem, an dem die Finanzminister Großbritanniens, Kanadas, Neuseelands, Südafrikas, Indiens, Pakistans, Ceylons und Südrhodens teilnahmen, ging am Montagabend die Commonwealth-Konferenz zu Ende.

Nach Beendigung der Konferenz wurde bekanntgegeben, daß die den einzelnen Staaten aus den Dollar-Einfuhrbeschränkungen erwachsenden Lasten so verteilt werden sollen, daß jedes Land gleiche Opfer zu bringen hat. Des wirtschaftlich rückständigen Commonwealth-Partnern sollen daher entsprechend geringere und des hochindustrialisierten Ländern des Sterlingblocks entsprechend größere Einfuhrbeschränkungen auferlegt werden. Die Gesamtanfänge der Sterlinggebiete aus den Dollargebieten sollen mit Hilfe dieser Maßnahmen um etwa 25% gekürzt werden. In einem am Montagabend ausgehenden Kommuniqué heißt es, die Minister hätten die wirtschaftliche Lage des Sterlingblocks im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft untersucht und seien zu der sinnvollen Auffassung gelangt, daß Stärke und Stabilität der Sterlinggebiete für das Wohlergehen der Mitglieder des Sterlingblocks und der gesamten Welt gleichermaßen wichtig seien. Sofortige Maßnahmen zur Unterbindung des industriellen Leistungsabfalls wurden eingehend erörtert. Die Minister beschlossen, ihren Regierungen Maßnahmen vorzuschlagen, die sich mit dem kürzlich von Großbritannien angeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen decken. Die Commonwealth-Minister seien auch der Auffassung, daß der internationale Handel so aufgebaut werden müsse, daß Dollar- und Pfundländer innerhalb eines einzigen multilateralen Systems zusammenarbeiten könnten. Dieses Ziel erfordere die Schaffung von Bedingungen, die die Verwirklichung eines einzigen multilateralen Handels- und Zahlungssystems gestatteten. Diese Voraussetzungen seien jedoch gegenwärtig noch nicht gegeben. Man war sich daher einig, daß die kurzfristigen Maßnahmen zur Lösung dieses Problems so gehalten sein müssen, daß sie sich in den Rahmen eines künftigen internationalen Welthandelsystems einbauen lassen.

England erwacht Dinemerk um Einstellung der Bacon-Verschiffung

Das britische Ernährungsministerium hat Dinemerk erwacht, wegen des Dorkarbeitsstreiks die Verschiffungen von Bacon nach England vorübergehend einzustellen, gab am 15. Juli ein Vertreter des dänischen Bacon-Exportverbandes bekannt. Im Zusammenhang damit wurde erklärt, daß 1.000 Tonnen Bacon, die in dieser Woche nach Großbritannien verladen werden sollten, in die Kühlhäuser eingelagert werden.



Die Männer dieses Lastzuges wissen, was zuverlässige Reifen wert sind und folgen seit langem dem Rat ihres Händlers



DEUTSCHE DUNLOP GUMMI COMPAGNIE AG - KARL A. 18

Osterreichs verstaatlichte Industrie



Nachaufnahme in der Raffinerie Stanlow Foto: Dadi

Shell-Raffinerie Stanlow

Die mit einem Korkenaufwand von annähernd 20 Mill. Pfund im Angriff genommenen Erweiterungen der Shell-Raffinerie Stanlow in Cheshire werden diese mit einer voranschreitenden Durchschaltkapazität von 3/4 bis 4 Mill. t im Jahr zu einer der größten und modernsten Raffinerien Europas machen. Sie wurde im Jahre 1930 auf dem Süderufer des Manchester-Schiffkanals begründet. Das Gebiet der Raffinerie umfaßt heute 466 ha gegenüber 324 ha im Jahre 1943. Mehr als 6000 Personen sind hier gegenwärtig beschäftigt.

vegetabilischer Stufe und aus Kohle gewonnen. Ihre steigende Verwendung in der Farben- und Lackindustrie, für die Herstellung künstlicher Faserstoffe, Sprengmittel und für viele andere wichtige Verwendungszwecke in der ganzen Welt führte zwangsläufig zu einer beträchtlichen Ausweitung des Konzerns. Eine neue Rohstoffbasis für diese Produkte, insbesondere für diejenigen der Alkohole- und Ketongruppe, wurde nun in den beiden Crackverfahren von Erdöl, anfallenden Crackgasen gefunden. Durch die bessere Ausnutzung der bei der Herstellung von Treibstoffen in diesem Verfahren anfallenden Nebenprodukte ist man jetzt in der Lage, bedeutend wirtschaftlicher zu arbeiten. Es ist das Verdienst der Shell-Forschungsinstitute, insbesondere in den USA, auf Grund dieser Erkenntnisse die notwendigen Produktionsverfahren entwickelt zu haben, die zur Etablierung einer ganzen Reihe neuer Industriezweige führten.

Der auf dieser Produktionsbasis arbeitenden Anlage in Stanlow kommen so die umfangreichen Erfahrungen zuzute, die die Shell mit ähnlichen Anlagen in USA seit geraumer Zeit sammeln konnte. Für die Zukunft bestehen an diesem Gebiet ungeahnte Möglichkeiten. In den Vereinigten Staaten werden auf diese Weise chemische Zwischenprodukte, wie Aldehyd, Alkohole, Epoxide, Glycerin und viele andere Produkte, hergestellt. In diesem Hinblick muß man die Anlage in Stanlow lediglich als Vorläufer einer neuen Industrie ansehen, deren Entwicklung noch nicht abzsehbar ist.

Der nachfolgende Artikel schildert die unterschiedliche Lage der verstaatlichten Industrien in den von den Westalliierten und in der von den Sowjets besetzten Zone Osterreichs.

Das erste österreichische Verstaatlichungsgesetz von 1946 brachte die Verstaatlichung von etwa 60 verschiedenen Vermögensgesellschaften, Schiffbauindustrien (Eisen, Kohle, Erdöl), verschiedenen Großbetrieben. Die veränderungsrechtliche und sonstige Stellung dieser Betriebe war nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zunächst ungeklärt. Österreich konnte auf diese für die Verstaatlichung bestimmten Werke wegen der ungelösten Besitzlage als „deutsches Eigentum“ einen Einfluß nicht ausüben. Während die Westmächte die wirklichen oder verantwortlichen deutschen Werke größtenteils Österreich zur treuhänderischen Verwaltung übergeben, gründete die Sowjets für die Betriebe in ihrer Zone die USA und entzogen sie so gut wie ganz der österreichischen Einflußnahme. Die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag in Paris haben nun dazu geführt, daß Österreich fast alle diese Betriebe erhält, wobei die Westmächte eine Abmilderung nicht verlangen, während die Sowjets für die in ihrer Zone gelegenen Betriebe 150 Mill. Dollar erhalten sollen. Außerdem behält die UdSSR 60% der Erdölwirtschaft und einen Teil der DDBG.

Die bisher bereits verstaatlichten Betriebe — worunter sich auch die größten Eisenindustrie-Werke, wie die Alpine-Montana, die Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke (ehemals Hermann-Göring-Werke) in Linz, das Aluminiumwerk Ranshofen, die Südkraftwerke in Linz und viele andere befinden — haben sich 1945 z. T. in schwererem Zustand befunden. Das Letzte gilt von allem von der Hütte Linz, die überdimensioniert geplant, erst zum kleinen Teil produzierte, von dem Stückstoffwerken von Ranshofen usw. Andere Werke — namentlich in Ostösterreich und Obersteiermark — wurden in den ersten Nachkriegsjahren weitgehend demontiert. Die neuen Maschinen und Anlagen wurden weggenommen, so daß — um nur ein Beispiel zu nennen — das Werk Donawitz die Produktion mit einer alten Blockredre wieder aufnahm, die vom Schrotthaufen zurückgeholt worden ist. Da die Werke überwiegend Fremdarbeiter und Kriegergefangene beschäftigten, die nach Kriegsende die Arbeitstätigkeit ansetzen wollten, und aus politischen Gründen auch die Werkleitungen und technischen Stäbe ausgewechselt werden mußten, gestaltete sich der Anlauf der Werke nicht einfach. Zudem handelte es sich meistens um Werke der Upproduktion oder der 1. Verarbeitungsstufe, deren Erzeugung für die Anknüpfung der Wirtschaft von großer Bedeutung waren. Aus diesen Erwägungen gab man sie deshalb sogar unter den Schutzkosten ab. Die staatlichen Betriebe arbeiteten daher 1946 mit erheblichem Verlust, der sich erst 1947 langsam verringerte. 1948 kam erstmals kostendeckende Preise zustande. 1948 schlossen — wie das Bundesministerium für Vermögensverwaltung und Wirtschaftsförderung, dem die verstaatlichten Betriebe unterstellt, behauptet — staatliche verstaatlichte Betriebe mit einer aktiven Bilanz ab. Zusätzlich sind 1948 nicht mehr nötig gewesen. Die bewilligten Gelder wurden namentlich ausschließlich für Neu-Investitionen verwendet. Allein aus ERP-Mitteln stehen 1948 399 Mill. Schilling zur Verfügung, wovon 200 Mill. Schilling für den Ausbau der Eisen- und Stahlindustrie, die Modernisierung des Erbergerhofs usw., sowie 78 Mill. Schilling für die Kohlenbergwerke verwendet wurden. Der Rest verteilt sich auf verschiedene andere Industriezweige, vor allem Metallfabriken.

Im Preis wird sie mit den USA konkurrieren können. Die Produktion des österreichischen Erbergerhofs soll von täglich 2500 t auf 5500 t erhöht werden. Für die Modernisierung der Kohlenbergwerke sind 100-120 Mill. Schilling vorgesehen, für den 10-Jahresplan der Energiewirtschaft 4 Milliarden Schilling, jährlich etwa 200-250 Mill. Schilling. An dem neuen Großkraftwerken, vor allem in den Hohen Tauern (Kaprun) an den Zentralkraftwerken u. v. a. wird emsig gearbeitet. Aus ERP-Mitteln sind der Energiewirtschaft 200 Mill. Schilling bewilligt worden.

Die Leitung und Kontrolle der verstaatlichten Werke liegt beim Finanzministerium, die Werke selbst werden von Vorständen und Aufsichtsräten bzw. von Treuhändern verwaltet. Grundsätzlich wird das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit gefördert, um einer Bürokratisierung hinlänglich entgegenzuwirken. Auch die Holdingsgesellschaften für Eisen bzw. für die Verbundwirtschaft beschränken sich auf Finanzbestimmung, finanzielle Betreuung und Sicherheit des Staatsinteresses.

Die erste Bilanzlegung der verstaatlichten Industrien wird voraussichtlich erst nach Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich erfolgen. Viele Betriebe, die jüdisch nach dem Zusammenbruch Deutschlands in der Luft hingen, weil sie nur als deutsche Teilbetriebe galten, haben inzwischen durch Eintrag in das Handelsregister Rechtspersönlichkeit erlangt.

Die erste Bilanzlegung der verstaatlichten Industrien wird voraussichtlich erst nach Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich erfolgen. Viele Betriebe, die jüdisch nach dem Zusammenbruch Deutschlands in der Luft hingen, weil sie nur als deutsche Teilbetriebe galten, haben inzwischen durch Eintrag in das Handelsregister Rechtspersönlichkeit erlangt.

Die erste Bilanzlegung der verstaatlichten Industrien wird voraussichtlich erst nach Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich erfolgen. Viele Betriebe, die jüdisch nach dem Zusammenbruch Deutschlands in der Luft hingen, weil sie nur als deutsche Teilbetriebe galten, haben inzwischen durch Eintrag in das Handelsregister Rechtspersönlichkeit erlangt.

Die erste Bilanzlegung der verstaatlichten Industrien wird voraussichtlich erst nach Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich erfolgen. Viele Betriebe, die jüdisch nach dem Zusammenbruch Deutschlands in der Luft hingen, weil sie nur als deutsche Teilbetriebe galten, haben inzwischen durch Eintrag in das Handelsregister Rechtspersönlichkeit erlangt.

Wiedergesundung

Über die österreichische Wirtschaftsentwicklung seit 1945 geben offizielle Angaben aus jüngster Zeit einen interessanten Aufschluß. Der Beschäftigtenstand in Industrie, Handel und Gewerbe ist im Monatsdurchschnitt von 228 000 Arbeitern auf 377 000 Arbeitern im April 1949 gestiegen. Hingegen waren in der Land- und Forstwirtschaft 1937 im Monatsdurchschnitt 275 000 Arbeiter und 18 000 Angestellte, 1946 261 000 Arbeiter und 11 000 Angestellte, und im April 1949 229 000 Arbeiter und

Der Index für Schwarzhandelswaren lag im August 1945 bei 185 Punkten (bei Kriegsende 1945 = 100 Punkte), im Mai 1949 aber nur noch bei 7 Punkten. Die Schwarzhandelspreise überschritten die amtlichen Preise im August 1945 um 23%, im Mai 1949 nur noch um 2,3%. Nur ganz wenige Waren — Fleisch, Butter, Schweinefleisch, Zucker, Zigaretten ausländischer Herkunft — sind heute noch im Schwarzhandel abzusetzen. Die österreichische Energieproduktion stieg von monatlich 254 Mill. kWh im Jahre 1946 auf 342 Mill. kWh 1948, der Stromverbrauch im Lande selbst stieg von 196 auf 261 Mill. kWh. Die reinen Sparleistungen bei den Banken und Sparkassen betragen nach der Währungsreform 1947 am 1. 1. 1948: 938 Mill. S und am 1. April 1949: 1461 Mill. S.

Der Index für Schwarzhandelswaren lag im August 1945 bei 185 Punkten (bei Kriegsende 1945 = 100 Punkte), im Mai 1949 aber nur noch bei 7 Punkten. Die Schwarzhandelspreise überschritten die amtlichen Preise im August 1945 um 23%, im Mai 1949 nur noch um 2,3%. Nur ganz wenige Waren — Fleisch, Butter, Schweinefleisch, Zucker, Zigaretten ausländischer Herkunft — sind heute noch im Schwarzhandel abzusetzen. Die österreichische Energieproduktion stieg von monatlich 254 Mill. kWh im Jahre 1946 auf 342 Mill. kWh 1948, der Stromverbrauch im Lande selbst stieg von 196 auf 261 Mill. kWh. Die reinen Sparleistungen bei den Banken und Sparkassen betragen nach der Währungsreform 1947 am 1. 1. 1948: 938 Mill. S und am 1. April 1949: 1461 Mill. S.

Ungarn wird Industriestaat

Der Entwurf der ungarischen kommunistischen Partei für einen Fünfjahresplan, der am 1. Januar 1950 anlaufen soll, unterscheidet sich von dem jetzt zu Ende gehenden Dreijahresplan dadurch, daß dieser ein Wiederanlaufplan war, während der neue Fünfjahresplan die ungarische Volkswirtschaft neu gestalten und weiter entwickeln soll. Der neue Plan schließt die Privatwirtschaft im Bankwesen und im Außenhandel bereits völlig aus, während Verstaatlichungen in der Industrie und im Bergbau mit 27 Prozent, im Großhandel mit 75 Prozent und im Kleinhandel mit 50 Prozent vorgesehen sind. Durch den neuen Fünfjahresplan soll die Industrialisierung des Landes, insbesondere die Entwicklung der Schwer- und Maschinenindustrie beschleunigt und die Landwirtschaft modernisiert werden. Auch der Ausbau der Armee wird besonders Augenmerk geschenkt. Während die Investitionen im Dreijahresplan 8,8 Mrd. Forint erreichten, sollen während der Laufzeit des neuen Wirtschaftsplanes die Investitionen 35 Mrd. Forint, d. h. rund 3 Mrd. Dollar betragen. Von dieser Summe sollen 17 Mrd. auf die Industrie, je 8 Mrd. auf die Landwirtschaft und den Verkehr, 2,5 Mrd. auf soziale und kulturelle Belange und 2,5 Mrd. auf den Wohnungsbau entfallen. Durch diese Investitionen soll das Nationaleinkommen um 60 Prozent und die Produktivität der Industrie um 40 Prozent erhöht, die Selbstkosten jedoch um 20 Prozent gesenkt werden.

Das nordungarische Industriezentrum Miskolc soll durch die Errichtung eines neuen Edelmetallwerkes und eines Betriebes zur Herstellung von Waagenröhren weiter ausgebaut werden. Weiter ist die Errichtung eines Aluminiumhilfs- und Walzwerkes, eines Blech- und Eisenkonstruktionsbetriebs, eines Elektromaschinenwerkes, eines landwirtschaftlichen Maschinenfabrik und sechs neuen elektrischen Kraftwerken geplant. Besonders Berücksichtigung soll die Werkzeugmaschinenindustrie finden, um die bisherige Einfuhr aus dem Ausland, besonders aus Großbritannien, der Schweiz und der Tschechoslowakei nach Möglichkeit auszufüllen.

Auch die Entwicklung der chemischen Industrie wird nach dem neuen Plan mit allen Mitteln gefördert werden. Im Vordergrund des Interesses steht hier die Herstellung von Anilinfarbstoffen, die gegenüber heute verschärfert werden soll. Dadurch könnte dann der Eigenbedarf des Landes zu 80 Prozent gedeckt werden.

Auch für die Konsumgüterindustrie bestehen weitreichende Pläne. So rechnet man damit, die Produktion der Lebensmittelindustrie um 50 Prozent und die der Textilindustrie um 50 Prozent steigern zu können. Man will eine neue Milchverarbeitungsindustrie aufbauen, neue Konfektionsbetriebe und eine neue moderne Schuhfabrik errichten. Am Ende des Fünfjahresplans hofft man, mehr als eine Million Fahrräder, 60 000 Motorräder, eine halbe Million Radios und 25 000 Schreibmaschinen herstellen zu können.

8 Mrd. Forint für Verkehr

Auch der Ausbau des Verkehrsnetzes der neuen Fünfjahresplan erhöhte sich. Edelstahlwerke und ein Betrieb zur Herstellung von Waagenröhren weiter ausgebaut werden. Weiter ist die Errichtung eines Aluminiumhilfs- und Walzwerkes, eines Blech- und Eisenkonstruktionsbetriebs, eines Elektromaschinenwerkes, eines landwirtschaftlichen Maschinenfabrik und sechs neuen elektrischen Kraftwerken geplant. Besonders Berücksichtigung soll die Werkzeugmaschinenindustrie finden, um die bisherige Einfuhr aus dem Ausland, besonders aus Großbritannien, der Schweiz und der Tschechoslowakei nach Möglichkeit auszufüllen.

Auch die Entwicklung der chemischen Industrie wird nach dem neuen Plan mit allen Mitteln gefördert werden. Im Vordergrund des Interesses steht hier die Herstellung von Anilinfarbstoffen, die gegenüber heute verschärfert werden soll. Dadurch könnte dann der Eigenbedarf des Landes zu 80 Prozent gedeckt werden.

Auch für die Konsumgüterindustrie bestehen weitreichende Pläne. So rechnet man damit, die Produktion der Lebensmittelindustrie um 50 Prozent und die der Textilindustrie um 50 Prozent steigern zu können. Man will eine neue Milchverarbeitungsindustrie aufbauen, neue Konfektionsbetriebe und eine neue moderne Schuhfabrik errichten. Am Ende des Fünfjahresplans hofft man, mehr als eine Million Fahrräder, 60 000 Motorräder, eine halbe Million Radios und 25 000 Schreibmaschinen herstellen zu können.

Handel Schweiz-Deutschland fast ausgeglichen

Einfuhr mengenmäßig gestiegen, wertmäßig gesunken — Ausfuhr mengen- und wertmäßig gestiegen

Der Schweizer Außenhandelsbericht für Juni 1949 ist zu entnehmen, daß gegenüber Mai die Einfuhr mengenmäßig um 8,1 Prozent auf 394 260 t gestiegen, dagegen wertmäßig um 3,1 Prozent auf 303,3 Mill. Fr. abgesunken ist. Die Ausfuhr zeigt dagegen sowohl mengenmäßig wie auch wertmäßig eine Steigerung, und zwar von 39 470 t im Mai im Werte von 292,7 Mill. Fr. auf 43 290 t im Juni im Werte von 327,8 Mill. Fr. Es ergibt sich somit ein Passivsaldo von 15,9 Mill. Fr. gegenüber 24,3 Mill. im Mai.

Bei einem Vergleich des 1. Halbjahres 1949 mit dem 1. Halbjahr 1948 ergibt sich die Tatsache, daß die Einfuhr gegenüber 1948 mengenmäßig und wertmäßig stark zurückgegangen ist, und zwar von 4,7 Mill. t im Werte von 2811,2 Mill. Fr. auf 2,3 Mill. t im Werte von 1664,5 Mill. Fr., während die Ausfuhr mengenmäßig beträchtlich abgenommen (von 219 890 t auf 249 500 t) dagegen wertmäßig von 1993,7 Mill. auf 1877,8 Mill. Fr. gestiegen. Mengenmäßig besonders stark war im Juni die Einfuhr von Getreide und Kaffee, die zum Großteil mit dem Wasserwege erfolgte, sowie die Einfuhr von Fahrzeugen. Ein beträchtlicher Rückgang ergibt sich bei der Einfuhr von Wolle, Baumwolle, Roh- und Halbwolle.

Bei der Ausfuhr zeigen fast alle Posten gegenüber Mai wertmäßig einen Rückgang. Eine wertmäßige Steigerung ist nur bei Baumwollgarne von 3,7 auf 4,8 Mill. Fr., bei Wirk- und Strickwaren von 2,9 auf 3,1 Mill., bei Aluminium von 4,8 auf 6,9 Mill., bei Maschinen von 26,8 auf 69,3 Mill., bei Uhren von 2,8 auf 2,3 Mill., bei Instrumenten von 17,8 auf 20 Mill., bei Pharmazutaten von 14,7 auf 17,8, bei Antikurwaren von 15,5 auf 16,6 Mill. Fr., sowie in der Lebensmittelindustrie festzustellen, während alle übrigen Posten mehr oder weniger wertmäßige Veränderungen aufzuweisen haben, so namentlich in der Schuhindustrie, die im Juni nur rund 27 000 Paar Schuhe im Werte von 0,9 Mill. gegenüber 22 000 Paaren im Mai im Werte von 2,5 Mill. Fr. ausfuhr.

Betrachtet man den Außenhandel ländermäßig so ergibt sich, daß bei den europäischen Ländern die Einfuhr im Juni gegenüber Mai mit ganz wenigen Ausnahmen (Luxemburg, Dänemark und Österreich) erhöhte Wertumsätze aufweist, während der Handel mit Übersee auf der Importseite mit Ausnahme der USA einem Rückgang verzeichnet. Mit den USA ist dagegen die Einfuhr von 0,4 auf 0,7 Mill. Fr. gestiegen. Auf der Exportseite zeigt nur der Handel mit Brasilien einen Rückgang von 14,9 auf 12,3 Mill., während sich die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten von 29,0 auf 31,2 Mill. und die Ausfuhr nach Argentinien von 4,3 auf 4,7 Mill. erhöht hat.

Bei den einzelnen Ländern ergeben sich wesentliche Unterschiede. Während die Einfuhr aus Deutschland von 20,1 Mill. im Mai auf 25,3 Mill. im Juni zurückgegangen ist, zeigt die Ausfuhr nach Deutschland in der gleichen Zeit eine Steigerung von 2,1 auf 2,8 Mill. Fr. Auch die Einfuhr aus Österreich zeigt eine Verringerung von 4,9 auf 2,9 Mill., dagegen die Ausfuhr eine Erhöhung von 8,1 auf 6,6 Mill. Fr. Die

Einfuhr aus Frankreich ist von 26,8 auf 28,2 Mill. und die Ausfuhr nach Frankreich von 14,3 auf 15,1 Mill. gestiegen. Im Außenhandel mit Italien zeigt sowohl Einfuhr als auch Ausfuhr einen beachtlichen Rückgang, während andererseits der Außenhandel mit Großbritannien sowohl auf der Import- als auch auf der Exportseite eine Erhöhung aufzuweisen hat. Eine Erhöhung gegenüber Mai zeigt auch der Handel mit der Tschechoslowakei (beiderseits rund 3 Mill. Fr.), wegen der Handel mit Ungarn sowohl bei der Einfuhr als auch bei der Ausfuhr einen geringen Rückgang zeigt. Dagegen verzeichnen auch der Außenhandel mit Indien erhöhte Umsätze.

Der von der Handelsstatistik errechnete Außenhandelspreisindez (1938 = 100) ist gegenüber Mai bei der Einfuhr um 6 auf 239 Punkte gesunken, dagegen bei der Ausfuhr von 247 auf 246 gestiegen.

Belgisches Zinn für die USA

Über die Lieferung von Zinn und Zinnern aus Belgisch-Kongo für strategische Zwecke an die USA verhandelten von 12 bis 14. Juli in Brüssel Vertreter der beiden Länder. Danach sollen aus Belgisch-Kongo während der nächsten 4 Jahre 2000 t Kasmiterkonkret und 4000 t Zinnmetall an die USA geliefert werden. Die erste Lieferung soll zu dem 2. Juli gültigen Preis erfolgen, die weiteren Lieferungen zu einem leicht herabgesetzten Preis. Die Rückfragen in Washington nötig waren, wurde die endgültige Unterzeichnung des Abkommens bis Ende des Monats vertagt.

Steigende Banklagen in der CSR

Prag. Ende April betragen die Einlagen bei allen tschechoslowakischen Banken 261 Mrd. K. d. a. 6,3 Mrd. mehr als in der gleichen Zeit 1948. Die Kontokorrentkonten sind von 47,7 Mrd. im Vorjahr auf 78,7 Mrd. gestiegen.

Produktionsmittell an erster Stelle

Der Produktionswert der Industrie und des Bergbaus soll in den nächsten 5 Jahren um 80 Prozent gesteigert werden, so daß er 250 Prozent des Standes von 1938 erreichen würde, wobei die Herstellung von Produktionsmitteln gegenüber der Herstellung von Verbrauchsgütern bevorzugt werden soll. An erster Stelle steht hierbei die Erhöhung der Eisen- und Stahlherzeugung. Die Rohleistung soll Ende 1954 220 000 t erreichen, was einer Produktionssteigerung von nahezu 120 Prozent entsprechen würde. Im gleichen Zeitraum soll die Stahlerzeugung von 62 Mill. t auf 1,5 Mill. t erhöht werden. Um diesem Ziel zu erreichen, soll in der Stadt Mähaca an der Donau ein modernes Eisen-, Hütten- und Stahlwerk errichtet und auf diese Weise ein schwarzindustrielles Zentrum mit einer großen Kokereianlage geschaffen werden. Dadurch würde auch die Einfuhr von Koks im Werte von 8 Mill. Dollar jährlich wegfallen.

3 Mrd. Forint für Mechanisierung der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft soll auf eine neue moderne Grundlage gestellt werden, wodurch sich die Produktion um 25 Prozent erhöhen und die Produktion des Jahres 1938 um 27 Prozent übersteigen wird. Durch erhöhte Mechanisierung und Verbesserung der Düngung soll die pflanzliche Erzeugung um 27 Prozent gesteigert werden. Für die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion sind Investitionen in Höhe von 3 Mrd. Forint veranschlagt. Ende 1954 sollen bereits 24 000 neue Traktoren, 400 Dreschmaschinen und 1400 Combines zur Verfügung stehen. Durch Anlage großer Bewässerungslagen will man die anbaufähige Bodenfläche von 20 000 ha auf rund 140 000 ha erweitern, 140 000 ha Boden sollen außerdem aufgedockert werden. Der Anbau von Futtermitteln soll um 40 Prozent erhöht werden, wodurch man eine Erhöhung des Viehbestandes um rund 60 Prozent zu erreichen hofft.

Die Industrialisierung des Landes und die Mechanisierung der Landwirtschaft stellen natürlich auch den Außenhandel vor ganz neue Probleme, die den Erfolg oder Mißerfolg des Fünfjahresplans wesentlich beeinflussen werden. Die Autarkiebestrebungen Ungarns erfordern naturgemäß eine erhöhte Einfuhr von Rohstoffen und Produktionsmitteln, die wieder eine Steigerung der Ausfuhr nach dem Westen und Osten notwendig macht. Der Westen, der als Hauptabnehmer für die landwirtschaftlichen Produkte in Frage kommt, soll sich für die Aufnahme der industriellen Erzeugnisse des Landes erobert werden, wobei allerdings auch der Handel mit dem Osten entsprechend intensiviert werden soll.

Nordchinas Handel lebt auf

Geschäftsbrief aus Tientsin

Einen Ende Juni aus Tientsin abgegangenen Geschäftsbrief ist zu entnehmen, daß trotz der noch immer bestehenden Post- und Telegrammpost in Tientsin ausländischen Handelskreisen eine gewisse Zuversicht besteht. Seit kurzem ist der Drahtverkehr mit Hongkong wieder aufgenommen worden. Die brennende Währungsfrage ist von den Mao-Tse-Tung-Behörden ganz realistisch und ohne heftige Schelte über intermediäre Kurschwankungen in die Hand genommen worden. Man scheint sich keineswegs die Tatsache der Inflation als das zu nennen, was sie ist, so daß die offizielle Kurrate sich der am freien Markt herrschenden Handelsrate mehr und mehr annähert. Es gibt deshalb kaum noch „schwarze Kurse“.

Wichtige Ausfuhrprodukte z. B. Erdnüsse, Sojabohnen und andere Ölsamen, Boizen, unterliegen der staatlichen Regie, dürfen aber zu den gültigen Ausfuhrpreisen gehandelt und auch ohne Vermittlung staatlicher Stellen exportiert werden. Es bleibt selbstredend nach wie vor ein Gebot der Ehre, daß der Tientsiner Exporteur dabei nicht die Hongkonger Kurse außer acht läßt, die für den Exportpreis maßgebend sind als die amtlichen Tientsiner Notierungen.

Selbst neues Exportieren werden von den neuen Machthabern zugelassen, wobei die Genehmigung auf zunächst 6 Monate befristet ist. Nachfrageformen denen es so Erfahrung im Chinahandel fehlt, werden dem sogenannten „blinden“ Geschäft, d. h. der Notwendigkeit ohne politische, telegraphische oder sonstige Kommunikationsmittel

Handelsbeziehungen mit dem Ausland zu unterhalten, nicht gewachsen, wegen routinierter Firmen, chinesische wie ausländische, mit ihren Erfolgen durchaus nicht unzufrieden sind.

Die neuen Regierungsteilnehmer zeigen sich an dem Erwerb wertvoller Lagerhaus-Grundstücke mit hydraulischen Einrichtungen, Ballenpressen und sonstigen Einrichtungen für die Wollebearbeitung, die größtenteils im Besitz englischer Firmen sind, lebhaft interessiert. Die Vernehmung des Kaufpreises erfolgt über den „Expierweg“. Ein Tientsiner Kaufmann hat seine Eindrücke dahin zusammengefaßt, daß „die Schwierigkeiten nicht so sind, daß man dabei nicht ruhig schlafen könne“.

Man nimmt nicht an, daß Mao Tse Tung ernsthafte Absichten gegen Hongkong die bisherige englische Kronkolonie, hat, die weit Kriegende (gemeint ist die Niederlage Japans) ein ungewöhnlich erfolgreicher Handelsplatz geworden ist. Die kommunistische Propaganda richtet sich zwar gelegentlich gegen den englischen Eindringling, der jedoch die kaum weniger lebhaften nationalistischen Propaganda der letzten Jahre gut überstanden hat.

Nach dem zu erwartenden Fall Kantons, wird man voraussichtlich versuchen, Kanton zu einem konkurrenzfähigen internationalen Handelsplatz zu machen. Seit längerem wird der Whampou-Hafen in Kanton ausgebaut. Man will ihn für das Anlaufen von Überseedampfern benutzen machen, was allerdings zu einer gewissen Konkurrenz für Hongkong führen könnte.

